

PROTOKOLL

über die 21. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 20. Jänner 2000, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreier, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, GR Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer

ENTSCHULDIGT:

Dr. Wilfrid Wetzl, Ing. Klaus Hoflehner

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Beantwortung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

-

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

-

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1) ÖAG-277/61 Vereinbarung vom 2. 12. 1963 mit der Oberösterreichischen Kraftwerke AG; Abänderung.

2) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr

vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

3) Fin-100/98 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1999.

4) Fin-199/99 Firma In-Schrift Roland Strauss; Schuhmeierstraße 4, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

5) Präs-711/91 Förderung des neu entwickelten Fachhochschulstudienganges „Health and Care Industry - HCI“; Weiterführung der bisherigen

Förderung für den Fachhochschulstudiengang „Produktions- und Managementtechnik - PMT“.

6) Präs-62/98 Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes (inkl. Präs-40/99 Nachtrag) in Bezug auf die Stadt Steyr; Verwaltungsjahr 1998.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

7) JW-382/99 Kreditüberschreitungen bei den Kosten für Heimunterbringungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

8) Fin-170/98 SK Amateure Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung eines neuen Kabinengebäudes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

9) VerkR-109/99 Umbau Taborknoten; Errichtung VLSA Krankenhaus.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

10) Pers-763/99 OÖ. Landesbeamten-Pensionsreformgesetz; Abschluss eines Pensionskassenvertrages für Beamte und Vertragsbedienstete der

Stadt Steyr; Abschluss einer (Betriebs-) Vereinbarung gem.§ 3 des Betriebspensionsgesetzes.

11) Pers-764/99 Einstufung der Leiterinnen und Hilfskräfte der Seniorenklubs im GB VI/FA f. Erwachsenenbildung.

12) Fin-225/99 Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2000; Akontozahlungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich eröffne die heutige Sitzung und stelle fest, dass diese ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Herr GR Mag. Klausberger und Herr GR Siegfried Stieglitz vorgeschlagen. Beide nehmen diese Funktion an. Bitte das ins Protokoll aufzunehmen. Entschuldigt haben sich Herr GR Hoflehner und Herr GR Wetzl.

Zu Punkt 2) der Tagesordnung, **Beantwortung von allfälligen Anfragen**, teile ich mit, dass Frau GR Elfriede Reznar mit Schreiben vom 11. 1. 2000 folgende Anfrage an mich richtete, mit dem Ersuchen, diese an Frau Vizebürgermeisterin Mach weiterzuleiten. Ich ersuche nun Frau Vizebürgermeisterin Mach, die Anfrage zu verlesen und zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Die Anfrage lautet:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Auf meine Anfrage betreffend der Vorfälle aus dem Jahr 1998 im Geschäftsbereich V - Soziale Angelegenheiten (Fehlbetrag von über S 70.000,--) haben sie in der Gemeinderatssitzung vom 8. 7. 1999 berichtet, dass die kriminalpolizeilichen Untersuchungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen seien. Mit einem Ende der Untersuchungen sei laut Aussage der Kripo bis Ende August 1999 zu rechnen.

Außerdem waren lt. ihrer Aussage zu diesem Zeitpunkt die beiden Mitarbeiter noch im Amt weiter tätig.

Da an den Gemeinderat seither wiederum keine Benachrichtigung der Ergebnisse erfolgte (und das sind immerhin 4 Monate nach angekündigter Klärung), stellt die unterzeichnete Gemeinderätin gem. § 10. des Stadtstatutes an sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, nochmals nachfolgende Anfrage:

1. Sind die kriminalpolizeilichen Untersuchungen im Bereich des Geschäftsbereiches V - Soziale Angelegenheiten nun abgeschlossen?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Warum wurde der Gemeinderat, trotz Ankündigung, darüber bisher nicht informiert?

Wenn nein, was sind die Ursachen für die verzögerten Ermittlungen? Was haben sie bisher getan, um diese Ermittlungen zu beschleunigen?

2. Welche dienstrechtlichen Konsequenzen hat es im Sozialamt in dieser Angelegenheit gegeben?

3. Wer kommt für den entstandenen Verlust von S 73.150,-- auf?

Ich ersuche sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, diese Anfrage in der kommenden Sitzung des Gemeinderates am 20. 1. 2000 zu beantworten.“

Zu Frage 1:

Sind die kriminalpolizeilichen Untersuchungen im Bereich des Geschäftsbereiches V - Soziale Angelegenheiten nun abgeschlossen?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Warum wurde der Gemeinderat trotz Ankündigung darüber bisher nicht informiert?

Wenn nein, was sind die Ursachen für die verzögerten Ermittlungen? Was haben sie bisher getan, um diese Ermittlungen zu beschleunigen?

Mit Anzeige vom 18. September 1998 wurde die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft und von dieser der Polizei übergeben. Es liegt eine schriftliche Stellungnahme der Bundespolizeidirektion vor, die folgendermaßen lautet:

„Zu ihrer telefonischen Anfrage vom 17. 1. 2000 bezüglich Stand der Erhebungen gegen unbekannten Täter wegen Verdachtes der Veruntreuung zum Nachteil des Sozialamtes der Stadt Steyr wird ihnen mitgeteilt, dass in diesem Fall noch umfangreiche kriminalpolizeiliche Erhebungen erforderlich sein werden. Ein zeitliches Ende zu diesen Erhebungen kann noch nicht abgesehen werden.

Nach Abschluss dieser Erhebungen wird der Akt mit dem Erhebungsergebnis der Staatsanwaltschaft Steyr übermittelt werden.“

Zu Frage 2:

Welche dienstrechtlichen Konsequenzen hat es im Sozialamt in dieser Angelegenheit gegeben?

Der oder die Täter sind uns derzeit noch nicht bekannt. Bis zur Feststellung der Täterschaft gilt für jeden Menschen die Unschuldsvermutung. Eine Vorverurteilung wäre daher nicht zulässig.

Zu Frage 3:

Wer kommt für den entstandenen Verlust von S 73.150,-- auf?

Es ist davon auszugehen, dass der oder die Täter ausgeforscht werden und somit dieser bzw. diese für den entstandenen Schaden einzutreten haben.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Zusatzfrage: Ist unsere Polizei wirklich so schwach?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Reznar, ich kann ihnen nur sagen, dass sie auch die Möglichkeit haben, sich selbst bei der Polizei zu erkundigen. Ich habe es getan, und es gibt halt auch noch andere Aufgaben der Polizei, und sie sind noch im laufenden Verfahren tätig; aber es kommen oft dringende Fälle her, so ist es mir zur Antwort gegeben worden. Sie haben aber jederzeit die Möglichkeit das zu überprüfen und sich selbst zu erkundigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals Frau Vizebürgermeisterin.

Eine weitere Anfrage richtete Frau Gemeinderätin Reznar mit Datum vom 11. 1. 2000 an mich mit dem Ersuchen, diese an Herrn Stadtrat Ing. Spanring weiterzuleiten. Ich ersuche nun Herrn Stadtrat Ing. Dietmar Spanring, die Anfrage zu verlesen und zu beantworten.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werthe Presse. In der Anfrage an mich geht es um die Nutzung des Kulturprojektes Reithoffer.

„Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Im Erdgeschoss des ehemaligen Reifenlagers Reithoffer wurde unter großem finanziellen Aufwand der Stadt Steyr, des Landes Oberösterreich, des Bundes und unter Beteiligung der in Steyr ansässigen Industrie, die industrielle Geschichte der Stadt und der Region Steyr im Rahmen der Landesausstellung 1998 gezeigt.

Zu Beginn des Jahres 1999 haben sie sich um den Vorsitz im Verein „Industrieforum“ beworben, und diesen auch bekommen.

War die Startausstellung von der Besucherzahl her leicht beherrschbar, so war aber die Nachfolgeausstellung 1999 ein gänzlicher Flop. Innerhalb der 6-monatigen Öffnungszeit verirrt sich lediglich 1600 Besucher in die Ausstellung.

In der Vorstandssitzung des Vereines „Industrieforum“ vom 30. 11. 1999 wurde ihrem Antrag als Vorsitzender auf „Ruhigstellen“ der Ausstellungstätigkeit Rechnung getragen.

Öffentliche Medien haben nun schon mehrmals über dieses Negativszenario einer Museumsgestaltung geschrieben. So zuletzt in den OÖN vom 7. 1. 2000: „Leichtentücher“ decken die Kostbarkeiten zu.

Gem. § 10 des Stadtstatutes stellt daher die unterzeichnete Gemeinderätin an sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachfolgende Anfrage:

1. Ist mit einer Wiederaufnahme der Ausstellungstätigkeit des Vereines „Industrieforum“ zu rechnen? Wenn ja, wann und mit welchem finanziellen Einsatz?
2. Sind anlässlich der Landesausstellung gewährte Fördermittel bei Ruhen der Ausstellungstätigkeit zurückzuzahlen? Wenn ja, in welcher Höhe?
3. Haben sie über eine alternative Nutzung der brachliegenden Räumlichkeiten im Reithofferareal nachgedacht? Wenn ja, an welche?

Ich ersuche sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, diese Anfrage in der kommenden Sitzung des Gemeinderates am 20. 1. 2000 zu beantworten.“

Was ich hiermit versuchen werden. Eingangs sei es mir aber noch gestattet, eine Sachverhaltsdarstellung zu machen und gleichzeitig die Anfragestellerin zu ersuchen, bei

zukünftigen Feststellungen jene gebührende Sorgfalt walten zu lassen, zu der wir alle, als angelobte Mandatäre, verpflichtet sind.

Nachdem Ende 1998 feststand, dass der Vorstand des 1993 gegründeten Vereines „Industriemuseum Steyr“, in der Folge „Industrieforum Steyr“ seine Funktionen zurücklegen wird, wurde am 18. September 1998 durch den Herrn Präsidialdirektor Dr. Alphasamer eine Gesprächsnotiz dem Herrn Bürgermeister übermittelt, aus der ich folgendes zitieren möchte:

„Wie schon längerfristig geplant, werden Herr Dr. Feizlmayr und Herr Dr. Lettner ihre Funktionen im Vereinsvorstand bei der Hauptversammlung, welche Ende Jänner oder Anfang Februar 1999 stattfinden soll, zurücklegen. Die aktuelle Entwicklung in Steyr zeigt eindeutig, dass die Kontinuität im Steyrer Fahrzeugbau an die SNF übergegangen ist. Es wäre daher sinnvoll, wenn auch in Zukunft der Vereinsobmann aus der SNF AG kommt. Herr Dr. Schlögl (SNF) hat sich grundsätzlich dazu bereit erklärt, die Obmannstelle in Nachfolge von Herrn Dr. Feizlmayr zu übernehmen. Voraussetzung dafür wäre allerdings u. a. das Einverständnis und die notwendige Unterstützung seitens des Unternehmens. Für die Magna-Steyr wird voraussichtlich Herr Dr. Reif die Obmannstellvertretung von Herrn Dr. Lettner übernehmen. Für beide Herren ist die Frage der zukünftigen Finanzierung jedoch eine wesentliche Voraussetzung für ihre Zusage.

Seitens der Stadt Steyr wäre zu entscheiden, ob weiterhin Herr Bürgermeister Hermann Leithenmayr oder der für kulturelle Angelegenheiten zuständige Herr Stadtrat Ing. Dietmar Spanring die Funktion des Obmann-Stellvertreters im Vorstand künftighin ausübt.“

Bei der am Montag den 8. März 1999 durchgeführten Hauptversammlung des Vereines „Industrieforum Steyr“ wurden dann oben angeführte Herren von SNF bzw. MAGNA Steyr sowie seitens der Stadt Stadtrat Ing. Dietmar Spanring bestellt - wobei Dr. Harald Schlögl (SNF) zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Ich darf nun übergangslos zur Fragenbeantwortung kommen:

Nachdem die Finanzierung der Ausstellungsvorbereitung, -durchführung und -nachbereitung 1999 durch einen Zuschuss der Stadt Steyr von S 500.000,--, des BMUK von S 100.000,-- und der Steyr-Antriebstechnik von S 100.000,--, sowie durch marginale Einnahmen erfolgte, weitere Zuschüsse durch SNF, CASE und Andere, nicht zu bekommen waren und auch aus jetziger Sicht in Zukunft nicht mehr zu erwarten sind, kam es bei besagter Vorstandssitzung vom 30. 11. 1999 zu folgendem, durch Dr. Reif (SAT) gestellten Antrag. Ich darf aus dem Protokoll zitieren:

„Dr. Reif stellt den Antrag: „Im Sinne einer ordentlichen Gebarung und kaufmännischer Vorsicht kommt der Vereinsvorstand zum Schluss, die Ausstellung wegen Unfinanzierbarkeit ruhig zu stellen. Im kommenden Jahr wird im Reithof nicht geöffnet und die Exponate belassen, sofern diese vom Leihgeber nicht zurückgefordert werden. Das Jahr 2000 wird benützt, um die weitere Vorgangsweise zu erarbeiten“. Der Antrag wird von den 4 anwesenden und stimmberechtigten Vorstandsmitgliedern einstimmig angenommen!“

Daher sind zur Zeit die Fragen ob überhaupt, wann, mit welchem finanziellen Aufwand weiter geführt wird, nicht beantwortbar!

Zu Frage 2) kann gesagt werden, dass zur Zeit im Verein, den es schlussendlich betrifft, keine Rückzahlungsforderungen von Förderungsmitteln bekannt sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass im Gegensatz zu anderen Landesausstellungsprojekten, durch die einjährige Nachnutzung, dieser, wenn überhaupt vorhandene, Rückzahlungspassus erfüllt wurde.

Zu Frage 3) sei gesagt:

Bekanntlich ist zur Zeit ein Stockwerk des Reithoffergebäudes durch den Verein Rohstoff mit der Kunsthalle tmp Steyr belegt.

Weiters gibt es den allgemein bekannten Plan einer über 2 Stockwerke zu errichtenden neuen Musikschule.

Für die zukünftige Gesamtnutzung möchte ich folgendes feststellen: Wir können uns glücklich schätzen, dass unser Bürgermeister Hermann Leithenmayr, mit dem ihm eigenen Weitblick, dieses Gebäude für die Stadt erworben hat, um damit, im Gegensatz zu anderen Stadtteilen mit deren allen leidlich bekannten Problemen, diesem für Steyr wichtigen und bedeutungsvollen Zukunftsstadtteil ein - ja ich möchte sagen, das Kommunikations- und Kulturzentrum zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Beantwortet? Das ist nicht sehr erfreulich, alle unsere Ausstellungsprojekte laufen offenbar auf die Dauer nicht ausreichend gut. Ich habe allerdings noch in Erinnerung, dass gerade aus dem Tourismusbereich diese Ausstellung sehr vehement gefordert wurde, und dass wir schon im Vorfeld beschuldigt wurden, wir würden das auch wieder verschlafen. Ich möchte das nur in Erinnerung rufen. Wir haben es gemacht, und wir haben einen beträchtlichen finanziellen Aufwand eingesetzt. Ich habe das natürlich nicht gekauft, sondern ich habe nur verhandelt und der Gemeinderat hat es beschlossen. Ich glaube aber dennoch, dass dieses Haus, das der Kultur gewidmet ist, an diesem Platz ein Solitär ist, in einem zukünftigen Stadtviertel, in dieser Zentrumsnähe, auch baulich eine Besonderheit und ein ganz wichtiges Ereignis ist, dass es für die Stadt richtig war, dieses Haus zu erwerben. Im Hinblick auf die weiteren Vorstellungen, die wir mit dem Haus noch haben, glaube ich, liegen wir dennoch auf Kurs. Im Hinblick auf die Verwendung des Erdgeschosses wird uns einiges einfallen müssen und wir werden auf die Dauer sicher nicht, und das haben wir auch immer sehr klar und deutlich gemacht, auf 1800 m² eine Nostalgieschau von der ehemaligen Steyr-Daimler-Puch finanzieren. Leider, das muss man dazu sagen, sind trotz unserer erheblichen Bemühungen, die Industrie-Unternehmungen der Stadt nicht dazu zu bewegen, aus diesem Platz und mit diesem Titel „Industrieforumsausstellung“ eine ständige Einrichtung zu machen und wollen sich vor allen Dingen nicht finanziell daran beteiligen. Das heißt, es wird also dort anderes geschehen, und das wird sehr klar im kulturellen Bereich zu liegen haben, und wir sind alle eingeladen, Überlegungen anzustellen, Ideen einzubringen, auch der Kulturausschuss der Stadt wird sich sicher damit beschäftigen, wie wir in diesem herrlichen Haus, und in dem Erdgeschoss, das wir ja ausstellungsreif hergerichtet haben, in Zukunft verschiedene Veranstaltungen durchführen werden.

So, meine Damen und Herren, somit komme ich zum Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeister.**

Die Objektivierungskommission beim Magistrat Steyr hat im Dezember des Vorjahres die Objektivierungsverfahren für die Leiterposten der Fachabteilung für Kontrolle und Revision und der Fachabteilung für Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten durchgeführt und mir Vorschläge für die Besetzung zugeleitet.

Dazu möchte ich ihnen mitteilen, dass ich beabsichtige, Herrn OMR Mag. Helmut Golda zum Leiter der FA f. Kontrolle und Revision und Frau Gertraud Sablik zur Leiterin der FA f. Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten zu bestellen.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich mitteilen:

Die Arbeitslosenquote im Dezember 1999 betrug 6,4 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,8 Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 1,3 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 1999 2635. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 15,1 % (d. s. 345 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 1,7 % (d. s. 541 Personen).

Im Dezember 1999 sind 370 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 41 Stellen weniger, sowie gegenüber dem Vorjahr um 48 Stellen mehr.

Unter Punkt 4) möchte ich sie bitten, von den Beschlüssen des Stadtsenates Kenntnis zu nehmen, die mit der Gemeinderatseinladung und den Unterlagen zugegangen sind.

Damit sind wir bei Punkt 5), Behandlung der Verhandlungsgegenständen angelangt. Ich darf ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, dass die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion einen Dringlichkeitsantrag gemäß § 7, Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr eingebracht hat. Er lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Voraussetzungen für die Vergabe sämtlicher Pachtrechte an allen im Eigentum der Stadt Steyr befindlichen Veranstaltungsobjekten, für die keine aufrechten Verträge bestehen, sollen von der Stadt geschaffen werden. Ferner wird der Magistrat aufgefordert, innerhalb von 3 Monaten ein Konzept zwecks Übertragung und Durchführung von Veranstaltungen, an eine Veranstaltungsgesellschaft auszuarbeiten.

Meine Damen und Herren, üblicherweise behandeln wir alle Dringlichkeitsanträge und ich mache den Vorschlag, am Ende der Tagesordnung diesen Antrag zu behandeln. Wenn sie mit dieser Vorgangsweise einverstanden sind, würde ich sie bitten ein Zeichen zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Wort zur Dringlichkeit bitte. Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Wie in der Begründung, die wir angeführt haben, ist die Dringlichkeit deshalb wirklich als dringlich anzusehen, da der derzeitige Zustand, was die bauliche Situation im Bereich Stadtsaal betrifft, sowohl der Zustand selbst als auch die Bewirtschaftung, eine weitere Nutzung für Veranstaltungen in diesem Bereich, in diesem Rahmen und in dieser Art nicht mehr zulässt. Und es werden dieses Wochenende wiederum Veranstaltungen sein, mit vielen Schülern, mit vielen Eltern, die hier einen Abend verbringen wollen, einen vergnüglichen Abend, an den sie sich später gerne erinnern können. Das können sie derzeit nicht. Ich möchte in dieser Sache im Moment gar nicht näher darauf eingehen, aber ich würde sogar bitten, dass wir den Antrag jetzt vordringlich behandeln, am Anfang dieser Tagesordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Ich habe den Vorschlag gemacht, diesen Antrag wie üblich am Ende der Tagesordnung zu behandeln, dem steht der Antrag des Herrn Dr. Pfeil gegenüber, die übliche Tagesordnung zurück zu stellen und gleich diesen Antrag zu behandeln. Ich lasse zunächst über den Antrag des Herrn Dr. Pfeil abstimmen, nachdem er der Meinung ist, dass sofort, am Beginn der Sitzung, dieser Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion behandelt wird. Wer dafür ist, möge ein Zeichen geben. 7 FPÖ. Danke. Wer ist dagegen? 27 (SPÖ, ÖVP, GAL, LIF). Stimmenthaltung? Keine.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Warum?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Stieglitz, das kann ich gerne beantworten, wenn sie schon diese Frage stellen. Offensichtlich hat die Freiheitliche Fraktion die Absicht, diesen Punkt als den Wichtigsten zu betrachten, gegenüber allen anderen, die wir heute auf der Tagesordnung haben, und da geht es immerhin um Ausgaben von 58 Millionen Schilling, die der Gemeinderat heute beschließen soll, und da sind also eine ganze Reihe von sehr bedeutsamen Punkten dabei und der Gemeinderat hat jetzt in seiner Abstimmung, obwohl wir sonst nichts darüber geredet haben, die Meinung vertreten, dass zuerst die normale Tagesordnung abgearbeitet wird, und dann aus demokratiepolitischen Gründen dieser Tagesordnungspunkt einer Behandlung zugeführt wird, und weil das auch unsere übliche Praxis ist. Vielleicht gibt es auch noch die Möglichkeit, dass der eine oder andere Journalist, wenn wir sonst eine kurze Sitzung haben, nachher noch zugegen ist.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, dass wir am Ende der Tagesordnung diesem Tagesordnungspunkt die Dringlichkeit zuerkennen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Wer ist dagegen? Auf einmal sind eh alle dafür. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Zur Behandlung der normalen, auf der Tagesordnung befindlichen Punkte, möchte ich den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz, und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE:BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag, den ich ihnen vorzutragen habe, betrifft eine Veränderung der Vereinbarung mit der Oberösterreichischen Kraftwerke AG, neuerdings ENERGIE AG. Im Jahr 1963 wurde das Kraftwerk bei Zwischenbrücken an die damalige OKA, heute Energie AG, um einen Kaufpreis der heute nicht mehr zur Debatte steht verkauft, und es wurde auch vereinbart, dass Folgezahlungen, die sich auf Basis des Strompreises ergeben, an die Stadt zu entrichten sind. Der Strompreis besteht aus mehreren Komponenten und eine dieser Komponenten war die Basis für die Zahlungen an die Stadt Steyr. Die Energie AG hat es für gut befunden, diese

Strompreisstruktur intern zu ändern und aus diesem Vorgang hätte sich für die Stadt ein beträchtlicher finanzieller Nachteil, was die laufenden Zahlungen pro Jahr an die Stadt Steyr anbelangt, ergeben. Wir haben gegen diese Vorgangsweise eingewendet, dass das eine einseitige Veränderung des Vertrages aus 1963 sei. Es hat einen langen Disput zwischen Fachleuten gegeben, der sich über mehrere Jahre hingezogen hat und wir haben auch erst in letzter Zeit ein Ergebnis erzielen können das uns wiederum befriedigt. Ich habe auch persönlich mit dem Generaldirektor Dr. Windner das Gespräch geführt und ihm auch angedeutet, dass wir uns sicher mit dieser Situation nicht abfinden und das notfalls auch bei Gericht klären müssen. Nunmehr ist es zu dieser Regelung, die im Amtsbericht genau beschrieben ist, gekommen. Wir bekommen eine Nachzahlung von 5,2 Millionen Schilling, und die laufenden Zahlungen werden in Hinkunft wieder geleistet. Das ist der Inhalt dieses Antrages und ich darf ihnen nun den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vortragen.

1) ÖAG-277/61

Vereinbarung vom 2. 12. 1963 mit der Oberösterreichischen Kraftwerke AG; Abänderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 21. Dezember 1999, wird der beiliegenden Vereinbarung zwischen der ENERGIE Oberösterreich AG, Böhmerwaldstraße 3, 4021 Linz und der Stadtgemeinde Steyr, zugestimmt. (Beilage)

Ich bitte um Debatte bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke. Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag betrifft die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

2) Ha-7655/91

Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 2000, über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag, einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den für das Rechnungsjahr 1999 festgelegten Ansätzen.

Eine Valorisierung dieser Beträge hat jährlich gemäß dem Verbraucherpreisindex 1986 - nunmehr für das Jahr 2000 - zu erfolgen. Als Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertänderung dient die Indexziffer vom Dezember 1997. Die angeführten Beträge verändern sich im selben Ausmaß, in dem die für den Dezember des Jahres 1998 verlautbarte Indexziffer von der für Dezember 1997 verlautbarten Indexziffer abweicht.

Im Einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge:

SPÖ S 244.564,00 (Sockelbetrag)

S 414.324,00 (pro Mandat S 23.018,--)

S 310.734,00 (Fraktionsumlage S 17.263,-- pro Mandat)

S 969.622,00

=====

FPÖ S 244.564,00 (Sockelbetrag)

S 207.162,00 (pro Mandat S 23.018,--)

S 155.367,00 (Fraktionsumlage S 17.263,-- pro Mandat)

S 607.093,00

=====

ÖVP S 244.564,00 (Sockelbetrag)

S 138.108,00 (pro Mandat S 23.018,--)

S 103.578,00 (Fraktionsumlage S 17.263,-- pro Mandat)

S 486.250,--

=====

GAL S 244.564,00 (Sockelbetrag)

S 46.036,00 (pro Mandat S 23.018,--)

S 34.526,00 (Fraktionsumlage S 17.263,-- pro Mandat)

S 325.126,--

=====

LIF S 244.564,00 (Sockelbetrag)

S 23.018,00 (für ein Mandat)

S 17.263,00 (Fraktionsumlage für ein Mandat)

S 284.845,00

=====

SPÖ S 969.622,00

FPÖ S 607.093,00

ÖVP S 486.250,00

GAL S 325.126,00

LIF S 284.845,00

Gesamtbetrag S 2.672.936,00

=====

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Die Gemeinderatsfraktionen sind verpflichtet, die widmungsgemäße Verwendung der Mittel in der von ihnen gewählten Form nachzuweisen. Zu diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2.672.936,00

=====

werden bei der VSt. 1/0000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Debatte bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Wie an dieser Stelle schon letztes Jahr erwähnt, gehört diese Regelung überlegt und neu diskutiert. Es wurde damals versprochen, dass wir uns dieses Thema in der Fraktionsobmännerkonferenz, Fr. Frech würde jetzt wahrscheinlich Fraktionsobleutekonferenz sagen, vornehmen. Im Dezember 1991 hat, unter Federführung vom damaligen Vizebürgermeister Sablik, diese Diskussion über die Finanzierung der Fraktionsarbeit begonnen und ich habe damals den Wunsch von kleineren Fraktionen, dass die Infrastruktur für alle Fraktionen gleich ist, sehr viel Verständnis entgegen gebracht. Ganz egal, ob sie im Stadtsenat sind oder nicht. Ein Büro kostet überall das Gleiche. Das Hauptargument war die Infrastruktur, war das Büro. Deshalb haben wir damals einstimmig einen Beschluss gefasst, dass der Sockelbetrag von damals S 200.000,-- relativ hoch ist und dann eine zusätzliche Mandatsabgabe kommen soll. Ich muss noch hinzufügen, damals war z. B. der Wunsch, dass auch alle nicht im Stadtsenat vertretenen Fraktionen ein Büro bekommen. Die Grünen, als sie sich noch für die Umwelt interessierten, haben damals den Wunsch gehabt, in den Wirtschaftshof zu übersiedeln. Das war schon knapp davor, aber leider ist es dann nicht gelungen. Aber einige Jahre später ist es dann gekommen, dass alle, auch nicht im Stadtsenat befindliche Fraktionen, im Rathaus ein Zimmer mit Infrastruktur bekommen haben. Aber an der Ausgabe oder Einnahme für die Fraktionen hat man nichts geändert. Das heißt, es ist sehr legitim dann darüber zu diskutieren. Da wird man wohl darüber diskutieren müssen. Man kann auch sagen, aber dieses Argument lasse ich nicht gelten, dass auch Aussendungen gleich viel kosten, dass es ungleich weniger wäre, als eine Infrastruktur aufzubauen. So kommt es eben zum Ungleichgewicht, dass die ÖVP derzeit in etwa in der Mitte liegt, mit Wert eines Mandates von ca. S 81.000,--, ich lasse jetzt die Nebenkommastellen weg. Die FPÖ liegt bei S 67.000,-- pro Mandat, die SPÖ bei S 53.000,-- pro Mandat, während die GAL S 162.000,-- und das sogenannte LIF, bestehend aus 1 Frau-Fraktion, S 284.000,-- pro Mandat bekommt. Vielleicht ist hier die Bundesabgabe bereits inkludiert.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das könnte ja sein, dass man deshalb diese Vereinbarung getroffen hat. Wir haben im Stadtsenat auch darüber diskutiert, auch hier wiederum wurde vereinbart, dass es in der nächsten Fraktionsobleutekonferenz besprochen wird. Ich wünsche es mir noch einmal, dass es auf die Tagesordnung der nächsten Fraktionsobleutebesprechung kommt, denn hier im Gemeinderat wird man es wahrscheinlich nicht bis ins Detail ausverhandeln können. Aber ein Ansatz muss gemacht werden, um diese ungerechte Aufteilung zu verändern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, geschätzter Herr Dr. Pfeil, ich würde mir halt wünschen, dass man über dieses Thema seriös diskutiert und es nicht einfach so populistisch hinaus posaunt und mit Milchmädchenrechnungen garniert. Um noch auf ein paar Punkte einzugehen, die sie gebracht haben. Wenn sie davon sprechen, sie hätten sich gewünscht, dass das auf die Tagesordnung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz kommt, so muss ich sagen, bei aller Kritik für die ich bekannt bin, auch dem Herrn Bürgermeister gegenüber, dass wenn der Wunsch eines Fraktionsvorsitzenden oder eines Fraktionsobmannes kommt, etwas auf die Tagesordnung zu setzen, er dies tut. Ich denke mir, dass sie das nicht nutzen, hängt auch damit zusammen, dass sie sich in den meisten Fraktionsvorsitzendenkonferenzen vertreten lassen. Aber gut, das ist ihr Kaffee oder ihr Bier. Ich würde mir aber wirklich wünschen, dass, wenn man das als Anliegen verpackt, es dann wirklich ein Anliegen ist, und dann nutzen sie die Möglichkeiten der Gremien und setzen sie es halt auf die Tagesordnung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Ich kann mich erinnern, erst letzte Woche oder vorletzte Woche war eine Sitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses. Auch dort hätte man das thematisieren können, und auch sie haben, im Gegensatz zu mir, ja die Möglichkeit, dazu einen Antrag einzubringen. Auch diese Möglichkeit haben sie nicht genutzt, aber es passt natürlich besser, das da heraußen zu machen. Man sieht ja auch, dass es ihnen nicht wirklich ernst mit diesem Thema ist, weil sie jetzt versucht haben bei jeder Fraktion ihre Bonmots ein bisschen anzubringen, ob das die Grünen sind, die nicht mehr grün sind, oder das Liberale Forum, das sie als „sogenanntes“ hinstellen, wie auch immer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Sache haben sie aber auch noch nichts gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da bin ich jetzt gerade dabei, das war die Einleitung, ich habe mich nur ein bisschen abreagieren müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na klar, wenn es um so viel Geld geht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zur Seriosität des Ganzen, sie haben es ja angesprochen. Es ist natürlich einfach, sich heraus zu stellen und zu sagen, so, wir dividieren diesen Finanzierungsbeitrag für Öffentlichkeitsarbeit auf die

Mandatzahl, weil dann schaut das natürlich so aus, dass die größte Fraktion im Prinzip dann die Ärmste und die kleinste Fraktion die Reichste ist. Sie haben zugleich aber betont, dass von der Grundsatzfrage her natürlich Infrastruktur einmal prinzipiell etwas ist, was unabhängig von der Zahl der Mandate ist. Auch Aussendungen sind ein Punkt, egal ob ich jetzt ein Mandat oder 18 Mandate habe, wenn ich eine Aussendung an alle Steyrer Haushalte mache, so kostet das gleich viel. Nur an meine Wähler werde ich es nicht schicken können, weil die kenne ich ja nicht. Wo ich ihnen allerdings Recht geben möchte, ist das, dass ich mit der derzeitigen Regelung auch nicht glücklich bin. Ich bin deshalb mit der derzeitigen Regelung nicht glücklich, weil für mich der Knackpunkt ganz wo anders liegt. Ich würde mir bei dieser Fraktionsfinanzierung wünschen, dass es eine bundesweite oder landesweite Regelung gibt und dass wir als Gemeinderat nicht in der Lage sind, selbst über unsere Gelder zu beschließen. Das halte ich nicht für besonders glücklich, dass der Gemeinderat der Stadt Linz, der Stadt Wels, der Stadt Steyr hergeht und sich selbst die Höhe der Finanzierung bestimmt. Das halte ich nicht für besonders glücklich, weil sie damit im Prinzip genau die Rolle haben, dass Subventionsempfänger und Subventionsgeber ident sind, das ist etwas wofür ich nicht bin, egal in welchem Bereich. Also, wenn man schon hergeht, dann müsste man wirklich eine Grundsatzfrage stellen und es auf eine andere Ebene heben. Ich kann mich erinnern, im letzten Jahr haben wir diese Diskussion auch schon geführt. Da ist es allerdings um diese 20 Prozent gegangen, wo im letzten Jahr diese 20 %- Klausel aufgehoben worden ist. Und da hat es einige gegeben, die haben gegen die Fraktionsfinanzierung gestimmt, und da würde mich dann interessieren, ob die, die dagegen gestimmt haben, das Geld dann auch in voller Höhe genommen haben. Weil das ist für mich dann eine Sache der Doppelbödigkeit und der Doppelzüngigkeit. Wenn man sagt, mir ist das zuviel, und das ist ja letztes Jahr bei der 20 %- Klausel aufgetaucht, dann muss man auch die Ehrlichkeit haben und sagen, okay ich suche eben um weniger an oder ich gebe eben nur 20 % weniger aus. Aber das Geld zu nehmen und zu sagen, mein Gott, das ist viel zu viel, und da muss man was ändern, das halte ich für doppelbödig. Dass man über diese Höhe diskutieren kann, da bin absolut bei ihnen, dass man über einen neuen Modus diskutieren kann, da bin ich auch bei ihnen, aber wo ich nicht bei ihnen bin, wenn es darum geht, das einfach populistisch, unseriös und mit Milchmädchenrechnung zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich will zu diesem Thema wirklich nicht viel sagen, aber wir waren eine der Fraktionen, die im Vorjahr gegen diese 20%ige Erhöhung gestimmt hat. Es hat auch damals die Diskussion gegeben, was mit diesen 20 % passiert. Ich kann es nur für unsere Fraktion sagen, wir haben diese 20 % nicht nur für unsere Partei oder für die Infrastruktur unserer Partei verwendet, sondern wir haben mehr als diese 20 % kulturellen Einrichtungen, sozialen Einrichtungen oder für andere Aktivitäten, die nichts mit unserer Partei zu tun haben, ausgegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige

Annahme.

Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein sehr bedeutsamer Antrag. Es betrifft nämlich die Darlehensaufnahmen für das Rechnungsjahr 1999, die wir immer ganz zuletzt im Rechnungsjahr beschließen.

Ich darf ihnen den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vortragen.

3) Fin-100/98

Darlehensaufnahmen für das Rechnungsjahr 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 28. Dezember 1999, wird folgender Darlehensaufnahme in der Höhe von insgesamt S 41.000.000,-- zugestimmt:

Darlehensgeber:

Steiermärkische Bank und Sparkasse AG über Vermittlung der **Donau-Finanz Treuhand- und Finanzierungsges.mb.H. & Co. KG**

Betrag und Laufzeit:

S 41.000.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,01 % bzw. an die Sekundärmarktrendite für „Emittenten gesamt“ mit einem Aufschlag von +/- 0,0 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungsterminen und einer Einmalprovision in der Höhe von 0,2 % der Darlehenssumme, das sind S 82.000,-- fällig innerhalb einer Woche nach Darlehenszuzahlung.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt, im Rahmen der nachstehend angeführten Höchstbeträge am Geldmarkt, nach Einholung entsprechender Angebote, Barvorlagen bei verschiedenen Kreditinstituten aufzunehmen.

ab Barvorlagen-

Rahmen

31.12.1999 25.000.000,--

31.12.2000 22.500.000,--

31.12.2001 20.000.000,--

31.12.2002 17.500.000,--
31.12.2003 15.000.000,--
31.12.2004 12.500.000,--
31.12.2005 10.000.000,--
31.12.2006 7.500.000,--
31.12.2007 5.000.000,--
31.12.2008 2.500.000,--
31.12.2009 0,--

Die Verzinsung der Barvorlagen erfolgen zum jeweils gültigen Geldmarktindikator der jeweiligen Laufzeiten (z. B. 3-Monats-, 6-Monats-EURIBOR) zuzüglich einem geringen Aufschlag. Die Barvorlagen können auch über den jeweiligen Jahresultimo aushaften.

Die o. a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, etc.) Teile der mit diesen Darlehen bzw. Barvorlagen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 2000 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen bzw. Barvorlagen auch auf Rechnung 2000 zugezählt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o. a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine bzw. Barvorlagen aufgeteilt werden.

Weiters wird der o. a. Geschäftsbereich ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Zur Bezahlung der Einmalprovision wird eine Kreditübertragung in der Höhe von S 82.000,-- von VASSt 1/950000/346000 auf VASSt 1/950000/657000 für das Rechnungsjahr 1999 genehmigt und gleichzeitig freigegeben.

Ich möchte dazu sagen, dass es unserem Mag. Lemmerer wieder gelungen ist, ausgezeichnet für die Stadt zu verhandeln und dass wir zu einem außerordentlich günstigen Zinssatz diese Darlehen für das Jahr 1999 aufnehmen können, die konkret 3,539000 % betragen.

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft eine Gewerbeförderungsangelegenheit für die Firma In-Schrift Roland Strauss.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) Fin-199/99

Firma In-Schrift Roland Strauss; Schuhmeierstraße 4, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 03. Dezember 1999, wird der Firma In-Schrift Roland Strauss, Schuhmeierstraße 4, 4400 Steyr, für die im Zuge der Betriebsansiedlung getätigten Adaptierungsinvestitionen in der Busgarage in der Höhe von ca. S 4,3 Mio. (exkl. MWSt.), zu dem 10-jährigen Darlehen bei der Bank Austria in der Höhe von 4,3 Mio., ein 3%-iger Zinsenzuschuss auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 500.000,-- verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei der VAST 5/782000/756000 Mittel in der Höhe von S 126.000,-- für das Rechnungsjahr 1999 freigegeben.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke. Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt beschäftigt sich mit der Weiterentwicklung unseres Fachhochschulstandortes. Wir sind derzeit beim dritten Studiengang namens Health and Care, ein Gesundheitsmanagementlehrgang, der bei uns in Steyr neu platziert werden soll. Der Lehrplan ist ausgearbeitet und wir müssen die Förderungen der Stadt, also der Standortgemeinde, entsprechend beschließen, um dem Ansuchen eben diese Sicherheit und Garantie mitzugeben und das ist mit Dringlichkeit voran zu treiben.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) Präs-711/91

Förderung des neu entwickelten Fachhochschulstudienganges „Health and Care Industry HCI“; Weiterführung der bisherigen Förderung für den Fachhochschulstudiengang „Produktions- und Managementtechnik - PMT“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- u. Rechtsangelegenheiten vom 10.1.2000 erklärt sich die Stadt Steyr bereit, den neu entwickelten Fachhochschulstudiengang „Health and Care Industry - HCI“ ab Start des Studienganges im Herbst 2001 in den Jahren 2001 bis 2005 mit jährlich ATS 1 Million und im Jahr 2006 mit ATS 750.000,-- zu fördern.

Im Zusammenhang mit dem Verlängerungsantrag für den Fachhochschulstudiengang „Produktions- und Managementtechnik - PMT“ erklärt sich die Stadt Steyr bereit, diesen Fachhochschulstudiengang auch weiterhin zu fördern und zwar im Jahr 2000 mit ATS 500.000,--, in den Jahren 2001 bis 2004 mit jährlich ATS 2 Millionen und im Jahr 2005 mit ATS 1,5 Millionen.

Der Auszahlung der entsprechenden Förderungsbeträge wird nach Maßgabe der in den einzelnen Rechnungsvoranschlägen der Stadt Steyr für die entsprechenden Rechnungsjahre vorgesehenen budgetären Mittel bereits mit Beschlussfassung die Zustimmung erteilt. (Beilage)

Ich bitte um Debatte bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In den heutigen OÖN steht ein kleiner Artikel, dass dieser Studienlehrgang, den wir alle, wie ich annehme, selbstverständlich unterstützen werden, bereits beschlossen und vergeben ist. Wenn der Gemeinderat nicht zu einem formalen Abstimmungsgremium kommen soll, und wir haben das hier an dieser Stelle schon oft diskutiert, dann dürfen solche Presseaussendungen, so diese Presseaussendung tatsächlich so gelaute hat, und der Journalist nicht nur eine journalistische Freiheit gehabt hat, erst nach dem Beschluss des Gemeinderates hinaus. Ich ersuche hier wirklich den Bürgermeister dafür zu sorgen, dass das in Zukunft verhindert wird. Natürlich werden wir in der Sache diesem Antrag die Zustimmung geben, aber darüber zu befinden bleibt schon dem Gemeinderat über.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es sonst noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu dem formalen Einwurf kann ich nur sagen, dass die Stadtsenatsbeschlüsse, wie üblich, natürlich der Presse zugänglich gemacht werden. Das ist eine jahrzehntelange Praxis, und im Stadtsenat ist es tatsächlich beschlossen worden. Formal rechtlich ist es natürlich zutreffend, dass die Rechtskraft des Beschlusses bei dieser Wertgrößenordnung erst mit Beschluss des Gemeinderates erfolgt. Aber da ist natürlich journalistische Freiheit vielleicht ein bisschen dabei. Der Stadtsenat hat, wie sie wissen, einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Gegenstimme? Einstimmige Annahme.

Danke. Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft den Einschaubericht, eigentlich 2 Berichte, des Rechnungshofes, die dem Gemeinderat zugeleitet wurden.

Es ergeht der Antrag des Prüfungsausschusses, der diese Rechnungshofberichte ebenfalls schon debattiert und beraten hat, an den Gemeinderat:

6) Präs-62/98

Präs-40/99

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes (inkl. Nachtrag) in Bezug auf die Stadt Steyr; Verwaltungsjahr 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf die Stadt Steyr, inklusive Nachtrag, das Verwaltungsjahr 1998 betreffend, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Debatte bzw. Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Eichhübl, ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Das ist ja nunmehr bereits das dritte, wenn auch ranghöchste, Gremium, das sich mit der Vorlage der Rechnungshofberichte beschäftigt. Zum einen hat ja der Rechnungshof das Verwaltungsjahr 1998 der Stadt Steyr, im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Bundessparpakete, die ja bekanntlich von der Bevölkerung nicht mit Freude aufgenommen wurden, überprüft. Im Übrigen ist ja inzwischen auch bekannt geworden, dass aufgrund der Neuauflage der großen Koalition von Rot und Schwarz ein neuerliches Belastungspaket geschnürt worden ist, das, wie Kanzler Klima bereits gesagt hat, nicht wieder aufgemacht werden soll. Das hat auch zu entsprechenden Reaktionen in der Öffentlichkeit geführt, und wie ich heute im Rundfunk gehört habe, hat sich auch ein Gemeinderatskollege, und zwar der Kollege Keiler, zu Recht sehr negativ über diese Verschlechterungsmaßnahme, die ja die Bevölkerung schlussendlich trifft, dazu geäußert und angeprangert. Tatsache aber ist, dass der Rechnungshof aufgrund der

Überprüfung des Verwaltungsjahres 1998 zur Schlussbemerkung gekommen ist. Da die Teilnahme an der dritten Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Dauer eine tragfähige Finanzlage der öffentlichen Hand gebietet, wird nach Auffassung des Rechnungshofes für die Konsolidierung eine entsprechende Haushaltsdisziplin fortzusetzen sein. Zum anderen hat der Rechnungshof eine Nachschau gemacht, und zwar eine Nachschau im Bezug auf die seinerzeitige Überprüfung der Stadtwerke im Jahre 1995. Ich habe aufgrund der damaligen Anmerkungen im Bericht des Rechnungshofes ja bereits die Möglichkeit gehabt, hier in diesem Gremium, im Gemeinderat, sehr ausführlich über diese vorgeschlagenen Maßnahmen zu diskutieren. Daher kann ich mich heute relativ kurz fassen, denn auch der Rechnungshof stellt in seiner Kurzfassung fest: „Die Stadtwerke setzten nach der Gebarungsüberprüfung des Rechnungshofes im Jahre 1995 einen Teil seiner Empfehlungen um. Das Kontrollamt überwachte die Verwirklichung.“ Aber trotzdem, meine Damen und Herren, wurde nach wie vor eine Reihe von Beanstandungen aufrecht erhalten und u. a. Folgendes festgestellt: „Die Betriebe der Stadtwerke waren noch immer in 3 Gruppen aufgeteilt. Die Bedeutung dieser Aufteilung war für den Rechnungshof in der Praxis der Geschäftsführung nicht erkennbar. Das Betriebsvermögen der von den Stadtwerken geführten und verwalteten Betriebe schien größtenteils in den Bilanzen der Stadtwerke auf und entsprach damit nicht dem vom Statut her gegebenen Auftragsverhältnis mit der Stadt Steyr. Insgesamt wiesen die Stadtwerke in den letzten Jahren Bilanzverluste auf. Vor allem beim Betriebsverbund war die finanzielle Lage weiterhin als sehr bedenklich anzusehen.“ Wobei bei den Bädern und der Kunsteisbahn, aus meiner Sicht, der vonseiten der Stadt nur teilweise abgegoltene Verlust, sich mit etwa 4 Millionen Schilling jährlich auf der Minusseite zu Buche schlägt, und beim Betriebsverbund, der nicht erstattete Einnahmen aus den Invalidenfreifahrten empfahl, der ja im Jahr etwa 5,8 Millionen Schilling ausmacht, hat sich beim Verkehrsbetrieb ebenfalls negativ bemerkbar gemacht.

Der Reinhaltungszuschlag, schreibt der Rechnungshof, in Höhe eines Sechstels des Wasserpreises oder der Wassergebühr wurde von der Stadt weiterhin einbehalten. Dieser Wasserreinhaltungszuschlag wie er genannt wird, von derzeit netto S 2,20, denn der Kunde, der ja das Wasser bezieht, muss ja noch die 10%-ige Umsatzsteuer berücksichtigen, wird nach wie vor von der Stadt einbehalten und pro Kubikmeter bezogenen Wassers berechnet. Ab Jänner 2000 wird der Reinhaltungsbeitrag als Teil des Wasserpreises deklariert, also wird nicht mehr extra darauf hingewiesen, dass es sich um einen Reinhaltungsbeitrag handelt. Ich habe ja auch bei den Budgetdebatten in den letzten Jahren immer wieder gesagt und darauf hingewiesen, dass die Stadt auf der einen Seite 6 Millionen Schilling jährlich, je nach Wasserverkauf schwankend, durch diesen Reinhaltungsbeitrag einnimmt, und auf der anderen Seite den Stadtwerken lediglich S 850.000,-- für Reinhaltungsmaßnahmen refundiert. Der Rechnungshof ist jedenfalls der Meinung, dass dieser Beitrag ersatzlos zu streichen ist.

Vor allem bemängelt der Rechnungshof aber auch die jahrelange Untätigkeit der Stadt, im Zusammenhang der Schaffung eines notwendigen, neuen Organisationsstatutes und wies darauf hin, dass vonseiten der Stadtwerke bereits 1996 ein Entwurf eines neuen Statutes vorgelegt wurde. Der Rechnungshof wiederholte daher seine Forderung, den Stadtwerken jene unternehmerische Selbständigkeit einzuräumen, die eine Führung nach kaufmännischen Gesichtspunkten ermöglicht.

Der Rechnungshof empfahl, anlässlich der Statutenreform, das Vermögen sämtlicher Betriebszweige entweder nach einer Neubewertung formell in die Bilanzen der Stadtwerke einzubringen oder aus den Bilanzen heraus zu nehmen und die mit einem Auftragsverhältnis verbundenen Leistungen eindeutig zu definieren.

Ich nehme nur die wichtigsten Punkte heraus, damit das nicht zu lang wird. Außerdem stellte der Rechnungshof fest: „Das Freibad war seit 1995 äußerst sanierungsbedürftig. Wegen der Sanierung des Hallenbades standen die notwendigen Geldmittel für eine Adaptierung bisher nicht zur Verfügung.“ Wobei ich anmerken möchte, dass ich natürlich sehr froh darüber bin, dass der Bevölkerung nunmehr wirklich ein sehr schönes Hallenbad, und auch eine neugestaltete Sauna zur Verfügung steht.

Der Rechnungshof schreibt: „Laut Mitteilung der Stadt wurde eine Zieldefinition für das Freibad festgelegt. Eine Studie werde dann die Möglichkeit bieten, für die künftige Gestaltung entsprechende Aussagen zu treffen.“ Wobei ebenfalls anzumerken ist, dass ja bereits im nächsten Stadtsenat ein Antrag, im Bezug auf Veränderungsmaßnahmen im Bereich des Freibades, eingebracht werden wird. Das hängt also wie gesagt damit zusammen, wie der Bauzustand von einigen Gebäuden zu beurteilen ist, wie wir eben bei der letzten Begehung im Beisein vom Herrn Bürgermeister festgehalten haben.

In seiner zusammenfassenden Schlussbemerkung hob der Rechnungshof folgende Empfehlungen hervor:

- 1) Ein neues Organisationsstatut wäre zu erlassen, das den Stadtwerken höhere Selbständigkeit und eine Geschäftsführung nach kaufmännischen Grundsätzen ermöglicht. Dabei sollte auch eine strukturelle Bereinigung, der vom derzeitigen Statut her zersplitterten Betriebsbereiche, durchgeführt werden.
- 2) Das Vermögen sämtlicher Betriebszweige wäre entweder nach einer Neubewertung in die Bilanzen der Stadtwerke einzubringen oder aus den Bilanzen heraus zu nehmen, um die mit einem Auftragsverhältnis verbundenen Leistungen, wie ich vorhin bereits erwähnt habe, eindeutig definieren zu können.
- 3) Beim Verkehrsbetrieb sollte durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen und Verkehrsverbesserung der Betriebsabgang verringert werden.
- 4) Der Erneuerung des Wagenparkes des Verkehrsbetriebes wäre auch künftig besonderes Augenmerk zuzuwenden, wobei auch der Rechnungshof sehr positiv anmerkt, dass gerade in den letzten Jahren immer wieder neue Busse angekauft wurden und dass von dieser Vorgangsweise nicht abzugehen wäre.
- 5) Wie ich bereits erwähnt habe, die Sanierung des Freibades wäre vorzunehmen.
- 6) Nach der Übersiedlung des Gas- und Wasserwerkes in das Kommunalzentrum, sollten die entstehenden Synergieeffekte genutzt werden.
- 7) Der Reinhaltungszuschlag, den habe ich ebenfalls bereits angesprochen, wäre ersatzlos zu streichen und abzuschaffen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, nicht ohne Grund steht ja die Erlassung eines neuen Organisationsstatutes an erster Stelle dieses Empfehlungskataloges des Rechnungshofes, denn viele organisatorische und finanzielle Verbesserungen könnten durch ein entsprechendes neues Organisationsstatut erzielt werden. Nachdem ja bereits ein Entwurf eines derartigen Organisationsstatutes im vergangenen Jahr in der Fraktionsobmännerbesprechung diskutiert wurde und man dort mehrheitlich die Meinung vertreten hat, dass man diesen Rechnungshofbericht, der uns heute vorgelegt wird, abwarten sollte, um eben zu kontrollieren in wie weit darauf Rücksicht genommen wurde, gehe ich davon aus, dass demnächst die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Und so weit ich informiert bin, steht ja dieser Punkt bereits auf der nächsten Fraktionsobmännerbesprechung. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ersuche ich sie nicht nur bei der Verwirklichung eines neuen Organisationsstatutes für die Stadtwerke, sondern auch bei der Umsetzung der weiteren Empfehlungen des Rechnungshofes um ihre tatkräftige Unterstützung.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Bremm, ich erteile es ihm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt eigentlich wenig zu sagen, außer, dass man noch 20 Seiten daraus vorlesen kann. Insgesamt aber glaube ich widerspiegelt dieser Rechnungshofbericht auch die Politik, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Es ist nicht nur dass der Rechnungshof Empfehlungen abgegeben hat, sondern es sind auch eine Reihe von Punkten drinnen, die der Rechnungshof positiv erwähnt. Auch in Richtung Stadtwerke sind positive Entwicklungen festzustellen, einerseits bei der Erneuerung des Fuhrparks, was natürlich nicht schnell genug gehen kann, aber wenn wir wissen, was ein Autobus kostet, geht es halt nicht schneller. Darüber hinaus auch bei der Linienentwicklung, und ich glaube, das sollte man an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen, weil wir uns ja auch im heurigen Jahr mit diesem Thema noch einmal auseinandersetzen werden, dass es hier auch eine Empfehlung des Rechnungshofes ist, schwach ausgelastete Linien zu überdenken. Also, es gibt hier auch ein paar Dinge. Eines ist allerdings auch erfreulich, wenn hier der Rechnungshof erwähnt, dass die Haushaltsdisziplin fortgesetzt werden soll. Damit bestätigt der Rechnungshof ja eindeutig, dass wir schon in den letzten Jahren eine große Haushaltsdisziplin an den Tag gelegt haben. Ich kann nur zu dem, was der Kollege Eichhübl im Zusammenhang der Empfehlungen des Rechnungshofes erwähnt und vorgetragen hat, sagen, dass wir glauben, dass es auch notwendig ist, einige organisatorische Dinge voran zu treiben. Es muss halt passen, und man muss auch danach damit leben können, es ist ja alles nicht ganz so einfach. Und gerade im Bezug auf den Reinhaltungszuschlag, der ersatzlos abzuschaffen wäre, glaube ich gibt es einige Dinge, über die wir sicherlich diskutieren werden und wo auch ein Konsens herzustellen ist. Insgesamt noch einmal abschließend, ist dieser Bericht erfreulich, wir haben ja auch schon andere Zeiten erlebt. Aber ich glaube, dass das hier auch eine Bestätigung unserer guten Politik ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Jeder von uns hat natürlich schon auf diesen Rechnungshofbericht gewartet. Nicht damit wir wieder irgendetwas erfahren womit wir in die Medien gehen können, sondern auch weil es natürlich ein gewisses Zeugnis für die Tätigkeit der vergangenen Jahre darstellt, und weil wir natürlich auch darauf gewartet haben, was wird erneut bemängelt, was sollten wir bei Änderungen für die Zukunft berücksichtigen. Der Kollege Eichhübl hat es schon angesprochen, dass natürlich auch eine Änderung der Statuten gewünscht wurde, und wir werden natürlich auch jetzt verhandeln und entscheiden, ob so eine Statutenänderung passiert oder nicht, und in welchem Ausmaß und in welcher Form. Darum bin ich eigentlich schon etwas überrascht, dass ich im Nachtrag zu diesem Rechnungshofbericht lese, dass die Stadt Mitte des Jahres 1999 mitgeteilt hat, dass mit 1. Jänner 2000 ein neues Organisationsstatut in Kraft treten soll. Hier habe ich schon ein bisschen das Gefühl, dass der Schweif mit dem Hund wedelt und nicht umgekehrt, und ich halte diese Meldung, die vor fast 7 Monaten ergangen ist, als verfrüht, weil man einfach die Instanzen nicht abgewartet hat, ob hier wirklich entschieden wird, dass es zu einer

Änderung kommt oder nicht. Ich würde schon ersuchen, dass man in Zukunft den normalen Gang abwartet und erst dann solche Meldungen, noch dazu an den Rechnungshof, absetzt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Die Stadtwerke haben eine eigene Prüfung durch den Rechnungshof erfahren und es ist ganz interessant was da drinnen steht. Allerdings das mit der Statutenänderung, ich kann mich nicht erinnern, und auch mein Vorgänger nicht, dass im Ausschuss über diese Statutenänderung eingehend diskutiert und ausführlich gesprochen wurde. Man erfährt dann aus der Zeitung, dass angeblich ein Statutenentwurf existiert, der aber nicht beschlossen werden konnte. Allerdings muss ich sagen, es war halt so, dass sich diese Änderung immer auf den Rechnungshofbericht bezogen hat, und dieser war nicht bekannt. Was würde denn eine Statutenänderung oder eine Änderung der Organisation in den Stadtbetrieben bringen? Das wäre dann einmal eine interessante Sache, die man auch ganz wichtig und dringend diskutieren müsste. Was ändert eine Änderung der Statuten? Was soll es wirklich in der Effizienz bringen? Ich glaube, wichtiger ist es die innerbetriebliche Organisation in den Stadtwerken zu durchleuchten und da zielgerichtet zu arbeiten. Es steht da drinnen, Zieldefinition Freibad wird gemacht. Es hat im Budget einen Ansatz von S 100.000,-- für eine profimäßige Planung gegeben. Es wurde dann aber wieder abgelehnt, dass man das wirklich von externen Fachleuten als Zieldefinition machen lässt. Also, von der Zielgerichtetheit kann ich eigentlich nichts feststellen. Genauso bei den Bussen, nur das Angebot zurück nehmen um Kosten zu sparen, fahren wir mit gar keinen Bus, dann haben wir gar keine Kosten. Ich glaube, das ist nicht das Richtige. Es geht um die Attraktivierung der Buslinien und meinen Standpunkt kennen sie. Die Leute hier in der Gegend herum zu führen, ist wahrscheinlich nicht unbedingt das attraktivste Mittel, die Leute in die Busse zu bringen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Hack, ich muss schon sagen, jede Fraktion hat doch ein Statut zur Stellungnahme zugesandt bekommen. Jede Fraktion ist aufgefordert worden, das in der Fraktion durchzunehmen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Es wurde gebeten, nachdem sich diese Änderungen alle auf den Rechnungshofbericht bezogen haben. Es wurde auch darum gebeten, den Rechnungshofbericht zu bekommen, das war aber jetzt erst möglich. Wie soll man da eine Stellungnahme abgeben?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber der Entwurf der Statuten ist vorhanden.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Frau Gemeinderätin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse. Mich persönlich wundert es nicht, dass in diesem Rechnungshofbericht, der uns jetzt zugegangen ist, schon manches steht, was noch nicht einmal diskutiert und fixiert worden ist. Es wundert mich deshalb nicht, weil es genau in das Szenario passt, das wir seit Jahren hier herinnen erleben. Wenn sie sich den Rechnungshofbericht anschauen, so ist das, was mich eigentlich am meisten schockiert an der ganzen Geschichte, dass der Rechnungshof feststellt, dass es ja seit 1995 nach dieser ersten Begutachtung, wo erstmals die Kritik wirklich aufgetaucht ist, ja auch bereits ein neues Statut gegeben hat, nämlich im September 1996 hat es den Entwurf einer Novelle zum Statut gegeben. Dann kann ich wörtlich im Bericht lesen: „Dieser wurde vom Magistrat jedoch nicht weiter behandelt.“ Das heißt, bereits im Jahr 1996 gab es eine Novelle zu diesem Organisationsstatut und wurde vom Magistrat nicht weiter behandelt. 3 Jahre lang hat sich da überhaupt nichts getan, und jetzt auf einmal muss es wieder schnell gehen, und damit man auch ein bisschen in Zugzwang kommt, schreibt man dann als Stellungnahme an den Rechnungshof bereits hinein, dass ab 1. 1. 2000 ein Statut in Kraft treten wird. Weil jetzt muss man endlich einmal reagieren, denn ewig lang schaut der Rechnungshof auch nicht tatenlos zu. Wenn wir jetzt ab 1. 1. 2000 dieses Statut schon drin stehen haben, müssen wir es halt demnächst beschließen, weil wir ja nicht ständig etwas ankündigen können. Damit drücken wir uns nämlich um die Diskussion, die passieren müsste, nämlich nicht nur um ein neues Statut, sondern überhaupt um eine Totalreform der Stadtwerke. Weil das, was jetzt mit einem neuen Statut passieren wird, kann wahrscheinlich über kosmetische Korrekturen und über einige Verbesserungen nicht hinaus reichen. Einige Verbesserungen werden sicherlich sein, weil die derzeitige Situation war ja ohnedies katastrophal. Katastrophal deshalb, weil sie brauchen nur einen einzigen Satz aus dem gesamten Rechnungshofbericht hernehmen, sowohl aus dem von 1995 als auch aus dem jetzigen Statut, nämlich, dass die Stadtwerke Steyr kein Betrieb im herkömmlichen Sinn sind. Die Stadtwerke Steyr sind kein Betrieb und zwar deshalb nicht, weil ihnen die wesentlichste Eigenschaft eines Betriebes fehlt. Die wesentlichste Eigenschaft ist unternehmerische Entscheidungen treffen zu können, und das können die Stadtwerke derzeit aufgrund der organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen nicht. Das wird man aber durch ein neues Statut nur bedingt in den Griff bekommen. Deshalb glaube ich, meine geschätzten Damen und Herren, wäre es längst an der Zeit, die Frage nach einer Totalreform der Stadtwerke zu stellen. Eine Totalreform, die wirklich ohne Tabus über sämtliche Bereiche drübergeht. Weil wenn sie sich einen Punkt in der jetzigen Debatte über das Statut anschauen, ist das für mich eigentlich sehr aussagekräftig. Da gebe ich den Kollegen Hack und Mayrhofer Recht, dass es ja nicht so war, dass sich die Politik zusammengesetzt und gesagt hat, in einer Reform oder einem neuen Statut müssen jedenfalls folgende Punkte vorhanden sein, sondern es ist umgekehrt gelaufen, man hat uns ein neues Statut vorgelegt, das von einem Juristen erarbeitet worden ist, und zu diesem Statut konnten wir jetzt Stellung nehmen. Allerdings zu einem Zeitpunkt Stellung nehmen, wo der Rechnungshofbericht noch gar nicht vorhanden war. Deshalb haben wir auch darum gebeten, dass wir jetzt dieses Statut erst dann behandeln, wenn tatsächlich der Rechnungshofbericht vorliegt, und wir sehen können, ob tatsächlich alle Punkte korrigiert worden sind. Dass man dann in der Presse lesen muss, dass die Fraktionen säumig sind und der Magistrat das ja schon längst gemacht hätte, na gut, da spielen Verwaltung und Politik mitunter ein eigentümliches Spiel. Wie gesagt, ich glaube, es ist längst an der Zeit über ein neues Statut hinaus zu gehen, wie es andere Städte auch tun und eine Totalreform zu machen. Wie könnte jetzt diese Totalreform ausschauen? Ein wesentlicher Punkt in dieser Totalreform wird der sein, dass die Stadtwerke Personalhoheit haben. Derzeit sind sie ein Anhängsel des Magistrates. Das sage nicht ich, sondern das sagt der Rechnungshof. Der schreibt das wirklich so hinein, ein Anhängsel des Magistrates. Und wenn sie heute wollen, dass die Stadtwerke wirtschaftlich arbeiten können, dass sie wirklich unternehmerische Entscheidungen treffen, dann müssen sie auch die Personalhoheit haben. Nur, von dieser Personalhoheit will man hier herinnen

natürlich nichts wissen. Weiters brauchen sie natürlich die wirtschaftliche Selbständigkeit. Das ist auch völlig klar. Und eine Möglichkeit wäre sicherlich in die Diskussion einzubringen, beispielsweise eine Art Kommunalholding zu machen, wo unter einem Dach die Stadtwerke vereint sind, aber darüber hinaus auch z. B. die Stadtgärtnerei oder der Wirtschaftshof. Wichtig wäre jetzt allerdings, sich wirklich zusammen zu setzen und diese Totalreform anzugehen. Weil nur ein neues Statut wird Papier sein das schubladiert wird, und wo der Rechnungshof in ein paar Jahren wiederum seine Punkte genauso wie bisher bringen wird. Ein wesentlicher Punkt, wo uns der Rechnungshofbericht ebenfalls bittet darauf einzugehen, sind die Änderungen, die sich durch die EU ergeben haben. Die Quersubventionierung wird in dieser Form nicht mehr haltbar sein. Auf dem Gasmarkt gibt es enorme Änderungen, auf die man reagieren muss, auf die kann man aber sicherlich nicht nur mit Papier reagieren. Deshalb, meine geschätzten Damen und Herren, werden wir in der nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz wahrscheinlich nicht nur über ein neues Statut sprechen müssen, sondern auch über eine gänzliche Totalreform der Stadtwerke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren, werte Presse. Ich bin vom Stadtrat Bremm sehr überrascht, er hat das sehr positiv gebracht, und man kann da eigentlich nur zustimmen, Frau Mag. Frech, die Aussichten sind sehr gut. Weil sie gesagt haben, in den letzten Jahren; ich kann mich erinnern, dass es vor 8 Jahren noch ein bisschen anders war, da war eine andere Luft zwischen den Fronten. Es schaut gut aus, aber es ist leider so gewesen, dass wir den Rechnungshofbericht oft 1 Woche vorher in der Zeitung gelesen haben, und von den Journalisten wurden ein paar Geschichten dazu geschrieben. Dann haben wir uns hier herinnen getroffen, haben ein bisschen geplaudert, und dann haben wir es wieder 1 Woche später in der Zeitung gelesen. Ich glaube, die Phase ist jetzt vorbei, man hat sich zusammen gefunden. Man soll es von dieser Warte sehen, es liegt beim Bürgermeister, diese Sachen, die da drinnen stehen, umzusetzen, ich glaube es liegt nicht am Magistratsdirektor alleine. Jeder von uns wird den Schlussbericht auf Seite 13 gelesen haben. Es steht halt immer nur wäre, sollte, sollten etc. Was uns der Rechnungshof hier mitteilt, ist alles in der Möglichkeitsform, er kann es uns nichts befehlen, er kann uns nichts anschaffen, es liegt an uns, das Ganze umzusetzen. Ich glaube, das sollten wir auch machen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Gemeinderat Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Also grundsätzlich denke ich mir, dass wir den Rechnungshofbericht schon auch einmal als Gesamtes betrachten müssten. Wenn man sich schon diese Rechnungshofberichte betrachtet, dann muss man sie auch dahingehend gemeinsam betrachten, in dem man den gesamten Verwaltungsbericht und auch die Nachschau bei den

Stadtwerken betrachtet. Es kann halt nicht so sein, dass man jetzt plötzlich auf der einen Seite wegen den Stadtwerken alles was positiv passiert ist, ins Negative zu kehren versucht, weil dort noch nicht alle Dinge passiert sind. Auf der einen Seite attestiert der Rechnungshof sehr wohl, und der Kollege Fürweger hat das auch noch einmal wiederholt, dass wir uns durchaus auf dem richtigen Weg befinden, und dass durchaus positive Dinge passieren. Der Kollege Bremm hat unter anderem auch gesagt, Erneuerung des Fuhrparks und dergleichen mehr. Wir wissen ganz genau, dass es extrem viel Geld kostet, diese Dinge auf die Reihe zu bringen, und auf der anderen Seite muss man beim Gesamtfinanzhaushalt einer Stadt schon schauen, dass sich die Dinge trotzdem irgendwie ausgehen. Ich denke mir, diesen gordischen Knoten zu lösen oder die Spange über das Ganze zu machen, ist von der Stadt sehr gut gelöst worden. Trotzdem denke ich mir, dass auf der einen Seite natürlich diese Diskussion über ein neues Statut notwendig ist, und letztendlich haben wir ja auch gehört, dass es auch umgesetzt werden soll. So weit ich da informiert bin, steht es ja bei der nächsten Fraktionsobmännerkonferenz schon drauf, und es wird auch hier ein Bericht darüber gemacht. Auf der anderen Seite geht es für mich schon auch darum, was heißt hier Totalreform? Auf der einen Seite denke ich mir, wenn wir uns diese Betriebe vom Einflussbereich der Stadt und des Magistrates absplitten, würde das letztendlich bedeuten, dass wir genau in die selbe Bredouille kommen, wie wir es bei manch anderen Dingen schon haben. In dem wir fest ausgegliedert und privatisiert haben und wenn dann die Dinge zu teuer werden, dann wird plötzlich wieder die Politik gefordert hier doch Regulative und Richtlinien einzuführen, dass das nicht ins Unermessliche geht. Da denke ich z. B. nur an die Bahnlinie zurück, die in der Nacht nach Steyr gefahren ist, wie plötzlich die Politik wieder gefordert war, dass der Zug fahren soll und die ÖBB hat gesagt, wir sind privatisiert. Wenn er sich wirtschaftlich nicht rechnet, dann fährt er halt nicht. Ich denke mir, solche Gefahrenpotentiale, dass man hier den Einflussbereich verliert, bestehen natürlich auch hier. Wenn ich hier eine Bemerkung lese, dass die Betriebswirtschaftlichkeit der öffentlichen Linien gesenkt oder in die wirtschaftliche Situation gebracht werden muss, dann denke ich mir, wie könnte man das machen? Auf der einen Seite gibt es die Möglichkeit Linien einzustellen, auf der anderen Seite die Fahrpreise hinaufzusetzen usw. Da denke ich mir, sollten wir schon versuchen einen vernünftigen und goldenen Mittelweg zu gehen, dass wir die Attraktivität der Leistungen welche die Kommune anbietet, auch weiterhin erhalten. Da bin ich auch absolut dafür, dass wir uns auch vor der Verantwortung nicht scheuen, auch vor der politischen Verantwortung nicht scheuen, diese den Bürgern dieser Stadt zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite auch betriebswirtschaftlich zu denken und zu schauen, dass sich die Verluste bzw. die Betriebskostenzuschüsse für diese Dinge in einem Rahmen bewegen, die wir letztendlich auch aushalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Gemeinderätin Mag. Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Pressevertreter. Ein Wort noch zu der Wortmeldung vom Kollegen Hauser, das möchte ich nicht so im Raum stehen lassen. Man muss auch immer die zweite Seite der Medaille dazu sagen. Kollege Hauser, sie haben davon gesprochen „Dann schreit man wieder nach der öffentlichen Hand“, wenn es z. B. um die Einstellung von Zügen geht. Sie sprechen die Einstellung des Nachtzuges von Linz nach Steyr an, das ist allerdings etwas, wo sie nur die halbe Wahrheit gesagt haben, nämlich die ÖBB sind privat und stellen das ein. Die ÖBB bekommen aber vom Land Oberösterreich im Rahmen des Verkehrsdienstevertrages einen dreistelligen Millionenbetrag, um genau solche Verbindungen aufrecht zu erhalten. Das heißt, das ist nicht die Form der Privatisierung die man sich vorstellt. Wenn sie konkret diese Linie ansprechen, dann ist da etwas ganz Tragisches passiert, dass nämlich

aufgrund eines Übermittlungsfehlers, zumindest hat es der Landesrat Haider in seiner öffentlichen Stellungnahme so beschrieben, man davon ausgegangen ist, dass es sich hierbei um einen Zug handelt, der um 3 Uhr morgens verkehrt. Und einen Zug um 3 Uhr morgens von Linz nach Steyr brauche ich nicht. Dass es ein Zug um 23 Uhr war, das war etwas, was ihnen nicht bewusst war, zumindest war das die öffentliche Stellungnahme. Eben dieser Landesrat Haider, ihr Parteikollege, hat versprochen sich hier um eine Lösung zu bemühen. Leider ist es bis heute nicht geschehen, aber ich hoffe, dass es zumindest bei der nächsten Fahrplanänderung passieren wird, dass es einen Ersatz gibt, es muss ja kein Zug sein, es kann ja auch ein Bus sein. Aber wie gesagt, ich denke, Steyr ist groß genug und liegt auch im Zentralraum, derzeit zumindest noch, und da muss ich schon hoffen, dass es wieder einen Zug gibt, wo ich auch am Abend noch von Linz nach Steyr komme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Zug steht aber nicht im Rechnungshofbericht, wir sind jetzt bei einem anderen Thema.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber der Kollege Hauser hat es angesprochen, und ich denke mir, dass es wichtig ist, dies richtig zu stellen.

Zurück zum Rechnungshofbericht, da denke ich mir eines, Kollege Hauser, die Politik sollte sich aus den öffentlichen Betrieben so weit wie möglich zurück ziehen. Ihre Aufgabe wäre es, Ziele zu formulieren und zu schauen, dass diese Ziele auch kontrolliert und erfüllt werden. Alles dazwischen sollte Sache der Betriebe und der jeweiligen handelnden Personen sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da haben sie aber auch schon ganz anders gesprochen.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort gewünscht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. So ein Rechnungshofbericht ist ein bisschen ähnlich wie die Zeugnisverteilung in der Schule. Alle warten natürlich schon gespannt darauf. Die einen, dass hoffentlich nichts Böses drinnen steht. Das sind die, die Verantwortung getragen haben für das was in der Vergangenheit geschah, und die anderen, die Opposition gemacht haben, die warten darauf, dass hoffentlich etwas Böses drinnen steht, damit sie sich nicht selber eine komplizierte Kritik ausdenken müssen. Wenn es der Rechnungshof schreibt, dann ist es auch noch so schön amtlich. Ich glaube, dass auch die Einschauberichte von den Rechnungshofvertretern und vom Rechnungshof überhaupt, natürlich auch relativiert werden müssen. Es ist vor allen Dingen auch mit ein paar Sätzen gesagt worden, sie haben in dem Fall, was die Stadtwerke anbelangt, nur einen Teil des kommunalen Geschehens begutachtet, und natürlich ist es zutreffend, dass es schöner wäre, wenn man lauter neue Autobusse hätte, und natürlich wäre es besser, wenn man das Hallenbad und das Freibad machen hätte können usw. Gar keine Frage, aber wir sollten in Wirklichkeit feststellen, dass da drinnen nichts steht, was die Frau Kollegin Frech gesagt hat, die uns jetzt anscheinend

abhanden gekommen ist. Was bisher geschah war sowieso katastrophal, hat sie gesagt. Aber bitte, da steht nichts drinnen, dass da etwas katastrophal war, im Gegenteil. Wer bei der Schlussbesprechung mit den Herrschaften war, und da kann ich auch den Kollegen Eichhübl in den Zeugenstand rufen, hat feststellen können, dass sie sogar auch Lob gespendet haben, und vor allen Dingen waren sie beeindruckt in welcher Weise wir diese neue Betriebsstätte für die Stadtwerke und den Wirtschaftshof instandgesetzt und auf die Höhe der Zeit gebracht haben. Es ist auch so, dass in Wirklichkeit die Aufgabenstellung des Rechnungshofes ein bisschen anders ist, als bei den Lehrern. Die Lehrer, hoffe ich, aber ich glaube auch, dass es schon so ist, freuen sich selber auch, wenn sie gute Noten verteilen können. Aber der Rechnungshof ist natürlich eine Revisionsbehörde, die natürlich in erster Linie auf Kritik aufgebaut ist, weil dass es funktioniert, ist eh normal, dort wo Mängel auftreten, wird das vom Rechnungshof festgestellt. Die Mängel, die in dem Papier festgehalten werden, sind also sehr bescheiden. Es sind Anregungen, ich bin auch dankbar dafür, und Feststellungen, auch aufgrund dessen, dass die Herrschaften Vergleiche mit anderen ähnlichen Einrichtungen haben. Ich muss ehrlich sagen, ich lese in dem Rechnungshofbericht gar nichts Katastrophales drinnen, im Gegenteil, ich bin eigentlich mit dem Ergebnis zufrieden. Einige Anregungen, die drinnen stehen, werden wir noch befolgen, einige haben wir schon realisiert, aber es dauert halt auch ein bisschen, weil wir in Wirklichkeit die Finanzen nicht so zur Verfügung haben, wie man sich das immer wünschen würde. Aber eines muss man schon festhalten, man kann schon über das Freibad reden, aber wir haben jetzt gerade über 70 Millionen Schilling für das Hallenbad aufgewendet. Wir haben mehr als 100 Millionen Schilling für die Stadtwerke aufgewendet, um hier diese neuen Möglichkeiten in dem neuen Kommunalzentrum zu schaffen. Der Anteil, der für die Stadtwerke ist, ist etwas mehr als 100 Millionen Schilling. Beim Buskaufen sind wir ja auch nicht schlecht unterwegs, wir bestellen auf jeden Fall immer 4. In einem Jahr bekommen wir zumindest 2, also ich meine, dass das durchaus eine sehenswerte Geschichte ist. Und zum zweiten Teil des Berichtes habe ich eigentlich überhaupt keine Kommentare gehört. Warum freut ihr euch denn nicht, meine Lieben, dass in der Einschau im Hinblick auf die Finanzsituation der Stadt, die ja nicht in allen Gemeinden gleichermaßen rosig ist, und bei uns vor ein paar Jahren auch nicht war, und gerade vor dem Hintergrund Maastrichtkriterien usw., dass dort eigentlich überhaupt keine Kritik auftaucht. Das muss man ja auch einmal feststellen. Die Finanzpolitik der Stadt könnte bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten ja auch einmal ein Anlass zur Freude sein. Was bleibt, ist eigentlich dann in erster Linie die Frage des Statutes. Also das Statut, im Jahre 1996 haben wir schon einmal darüber debattiert und es stimmt natürlich auch, dass Mitte 1999 dieses Statut vorgelegt wurde, wie gesagt wurde, irgendein Jurist hat sich da in seinem Kammerl etwas zusammen geschrieben, das ist aber nicht richtig, so war es nicht, sondern in intensiver Beratung mit den Geschäftsführern und ihrer Wünsche, die sie hätten, um hier diese Unternehmungen besser führen zu können, ist dieses Statut entwickelt worden. Und ich möchte jetzt noch etwas dazu sagen, natürlich konnten Spitzenbeamte, die Gespräche mit den Rechnungshofvertretern geführt haben, unterstellen, dass das mit 1. Jänner 2000 in Kraft treten könnte, wenn eh alle so gerne ein neues Statut haben wollen und eines ausgearbeitet wurde, das Mitte 1999 vorliegt. Aber liebe Freunde erinnert euch doch, wir haben ja schon darüber diskutiert, ich weiß nicht ob ihr im Kommunalausschuss darüber diskutiert habt, aber wir haben im Kreis der Stadtsenatsmitglieder darüber diskutiert, oder im Kreis des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, oder im Hinblick auf das Budget. Also, ich muss ehrlich sagen, diese Debatte ist ja gar nicht so einfach, die einen wollen ein neues Statut, die Frau Frech z. B. möchte eine Totalreform haben. Ein wunderbares Wort, momentan tun ja alle in diesem Landl ungeheuer reformieren, aber ich muss ehrlich sagen, auch bei Reformen muss man überlegen, wo der Stecken hinschwimmen soll, und da soll man schon absehen können, was daraus wird. Aber ich stelle fest, das was ihr wollt ist ja die Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Ich weiß ja nicht, was es dazu für Liberalisierungstendenzen gibt. Ich stelle nur fest, dass dieser Gemeinderat gleich ums Handumdrehen in eine schreibergartenartige Diskussion verfällt, wenn nämlich in so einem Wirtschaftsbetrieb dieser Stadt unternehmerische Entscheidungen getroffen werden. Wenn nämlich die Herrn Direktoren dort die Entscheidung treffen, dass sie eine Autobuslinie einstellen wollen, wo man vielleicht nur 30 % Auslastung hat, da rede ich gar nicht von denen, die noch weniger Auslastung haben, dann ereifert sich der ganze Gemeinderat, dass das ja unvorstellbar ist und ob wir überhaupt nicht begreifen, dass wir dazu da sind, die Bürger von einem Ort zum anderen zu transportieren, und die Mobilität der Bürger etwas ganz Wichtiges ist, was übrigens stimmt. Also,

ich muss ja ehrlich sagen, wir wissen ja in Wahrheit selber noch nicht genau, was wir alles wollen. Aber ich erinnere mich, dass sie es nicht dabei bewenden haben lassen, Frau Kollegin Frech, uns aufzuklären, wie die Linienführung in der Stadt Steyr bei den Autobussen am Besten ist, sondern dass sie auch ihren Gatten, den Herrn Magister Frech, noch bemüht haben, uns irgendwelche Entwürfe näher zu bringen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Steht ihm ja zu, wie jedem anderen Bürger auch, ich habe ja gar nichts dagegen. Ich will es ja nur auf den Punkt bringen. Ihr wollt ja über jedes Haltestellenhüttel bestimmen, ihr wollt ja ununterbrochen auf die wirtschaftliche Führung und auch auf das, was eigentlich den Geschäftsführern zusteht, Einfluss nehmen. Ich erinnere mich an einen Initiativantrag, einen Dringlichkeitsantrag, der bedeutet hätte, den Kollegen Eichhübl, als zuständiges Stadtsenatsmitglied, zu entmannen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hätten wir ihn damals nicht geschützt, würde er schon wie ein Sängerknabe singen. Man hatte in dieser Angelegenheit dem Kollegen Eichhübl die Kompetenz als zuständiges Mitglied des Stadtsenates entziehen wollen. Wir werden uns einmal darüber im Klaren sein müssen, wie weit greift der Gemeinderat wirklich in das Geschehen ein. Wir werden auch heute wieder eine Diskussion über so ein Thema haben. Oder aber glauben wir, wenn das von irgendjemanden gemacht wird, und sei es auch nur ein bestellter Geschäftsführer, ein von uns bestellter, oder in einer Gesellschaft bestellter Geschäftsführer, der kann das alles besser als wir? Sind wir dann in der Lage, willens und bereit unsere Interventionsmöglichkeiten zu reduzieren? Mischen wir uns dann noch in den privatisierten zukünftigen Wirtschaftshof hinein, wenn er nicht gescheit Streusplitt streut oder wenn er nicht Schnee räumt. Also, wir mischen uns ja jeden Tag überall hinein. So ehrlich müssen wir sein. Wir müssen das auch tun, damit es ja möglichst gut für unsere Bürger ist. Das sei bei der Statutendiskussion schon vorweg so ein bisschen von mir aus vorausgereicht.

Im Übrigen muss ich ehrlich sagen, glaube ich, dass diese Einschauberichte des Rechnungshofes ein insgesamt sehr positives Urteil bedeutet, über die Tätigkeit in den Stadtwerken und in der Finanzwirtschaft unserer Stadt. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und gebe ihm den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte als nächste die Kollegin Mach ihren Antrag vorzubringen.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich habe heute nur einen Antrag. Es ist nichts Erfreuliches. Es geht um eine Kreditüberschreitung bei den Kosten für Heimunterbringungen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7) JW-382/99

Kreditüberschreitungen bei den
Kosten für Heimunterbringungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 13.12.1999 werden zum Zweck der Begleichung der von der Stadt Steyr gemäß §§ 44 bis 46 OÖ. Jugendwohlfahrtsgesetz zu tragenden Unterbringungskosten für Minderjährige in sozialpädagogischen Einrichtungen folgende Kreditüberschreitungen bewilligt.

VSt. 1/431000/728000

Kreditüberschreitung um S 500.000,--

VSt. 1/431000/729000

Kreditüberschreitung um S 100.000,--

VSt. 1/439000/728000

Kreditüberschreitung um S 500.000,--

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu diesem Antrag wünscht als 1. Herr Vzbgm. Dr. Pfeil das Wort. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Hier geht es nicht um die Unterbringung von irgendwelchen Studenten in irgendwelchen Heimen, hier geht es um Kinder, um Minderjährige, die in sozialpädagogischen Einrichtungen Unterschlupf finden. Ich bin überzeugt, jeder von uns hat schon im Bekanntenkreis oder aus der Sprechstunde mit diesem Problem zu tun gehabt und weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig dieses Thema ist und wie verantwortungsvoll die Tätigkeit, gerade mit, ich will nicht sagen schwererziehbaren Kindern, aber mit problematischen Erziehungsfällen oder Verhaltensfällen ist.

Es ist hier im letzten Jahr eine Steigerung zu bemerken, die man nicht so einfach hinnehmen kann. Eine Steigerung was die Anzahl der hilfesuchenden oder hilfebedürftigen Minderjährigen ist auf der einen Seite, auf der anderen Seite, auch eine Steigerung was die Kosten von der Stadt Steyr betreffen. Hier sind nicht näher definierte, unvorhersehbare Abrechnungen für zwei Minderjährige in der Höhe von S 390.000,-- und für 5 weitere Minderjährige in der Höhe von monatlich S 200.000,-- vorgesehen. Also, hier geht es schon um richtiges Geld. Das ist nicht ein Taschengeld, das ist richtiges Geld. Diese Einrichtungen sind teuer. Hier stellt sich die Frage, weil wir gerade auf der anderen Seite hier in Steyr über Jugendarbeit im Bereich Sportbetreuung diskutieren, hier habe ich noch nicht gehört, dass hier ein Ansatz gemacht werden soll. Hier sind hunderte Jugendliche plötzlich in der Luft. Der Sportbetrieb, ich spreche von Vorwärts, ist eingestellt worden und niemand fühlt sich hier zuständig tätig zu werden, dass das hier weitergeht. Ich denke, hier sollte ein deutliches Signal auch vom Gemeinderat ausgehen. Vorbeugen ist besser als heilen. Das Sport und eine sportliche Betätigung in einer Gemeinschaft, ganz gleich wo, sehr förderlich für die Entwicklung unserer Jugend ist, ist bekannt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Herr Dr. Pfeil, sie haben eine weiten Bogen gespannt, der nicht unbedingt gerade mit dem Punkt zu tun hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, direkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es geht um Kreditüberschreitungen bei den Kosten für Heimunterbringungen. Ich pflichte ihnen allerdings bei, dass der Sport eine interessante und wichtige Therapie für die Jugend ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht nur Therapie.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vorbeugung, Therapie, ich weiß nicht, Lebensgestaltung, Freizeitgestaltung. Schauen sie, erzählen sie mir da nichts davon, ich bin ungefähr 40 Jahre Sportfunktionär.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die werden sich bedanken, wenn sie sagen, „Sport ist Therapie“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist sicher Therapie auch.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber sie haben gesagt, das ist Therapie.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lassen wir die Sportmediziner darüber diskutieren. Ich wollte nur eines sagen, weil sie den Bogen zur Vorwärts hier gespannt haben. Ich muss sagen, Verantwortliche der Vorwärtsjugend waren vor zwei Wochen bei mir, haben sich erkundigt, wie denn die Dinge stehen, im Zusammenhang mit dem Streit den sie mit dem Hauptverein vernehmen, obwohl der Hauptverein, wie sie mir gesagt haben, die Jugend nicht unterstützt, weder finanziell noch ideell, sondern, dass sie ein völliges Eigenleben führen. Ich habe den Herrschaften damals gesagt, sie können davon ausgehen, dass ein allfälliger Streit, den die Stadt mit dem Verein oder dem Herrn Präsidenten mit der Vorwärts hat, nicht mit der Jugend etwas zu tun hat, dass wir den Jugendbetrieb selbstverständlich unterstützen werden. Ich habe sogar einige Ratschläge erteilt, wie denn die Jugendarbeit weitergeführt werden kann, im Falle einer Auflösung des Gesamtvereines Vorwärts. Was wir jetzt haben, ist eine Sondersituation, dass offenbar der Masseverwalter auf die Vorwärtsjugend hingreift, weil sie ja zum Verein gehört, obwohl der Verein die Jugend nie unterstützt hat. Aber ich stehe also überhaupt nicht an das zu realisieren. Mich freut es, dass sie das auch so sehen. Ich gehe davon aus, dass das auch der Gemeinderat so sieht. Es ist nur eines möglich, wenn der Betrieb, der Vorwärtsverein, aufgelöst wird, dann muss sich ein eigener Verein bilden, die dann halt Vorwärtsjugend oder einen anderen Namen haben. Es muss eine Gründungsversammlung stattfinden, es müssen Funktionäre gewählt werden und wir werden diese Funktionäre und diesen Ausschuss auch unterstützen. Das habe ich den Herrschaften, ohne dass ich das groß beraten habe, in Aussicht gestellt. Ich freue mich, wenn hier eine breite Mehrheit im Gemeinderat dafür vorhanden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Derzeit ist er eingestellt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das können wir eh jetzt nicht diskutieren, aber wir werden auf jeden Fall den Jugendbetrieb unterstützen und auch eine „Vorwärts neu“ wenn es sie geben soll - und aus.

Jetzt frage ich, ob es noch weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt gibt? Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Dass wir jetzt plötzlich über die Vorwärts diskutieren, denke ich mir ist wahrscheinlich ein Missverständnis, das vom Herrn Dr. Pfeil ausgegangen ist. Seinerzeit, wie er sich noch mit Politik beschäftigt hat, hat er ...

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

... kernigere Aussagen gehabt. Ich verstehe es nämlich insofern nicht ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie waren auch schon einmal besser.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Reden wir über etwas anderes. Ich weiß nur nicht, wie sie den Zusammenhang herstellen. Der kommt mir schon ein bisschen seltsam vor, wenn sie sagen, jetzt stellt euch vor, jetzt geben wir da so und soviel Geld für verhaltensauffällige Kinder aus und die sportlichen Jugendlichen bekommen jetzt weniger Geld. Also, ich verstehe es nicht ganz, was sie damit meinen. Meinen sie, unter Umständen, dass die verhaltensauffälligen Jugendlichen dadurch geheilt werden, dass sie mehr Kniebeugen machen oder dass sie mehr auf Hüttel Tor spielen. Ich verstehe es nicht, wie dieser Bezug hergestellt werden soll, den sie uns da anscheinend etwas näher bringen wollen. Wahrscheinlich haben sie auch den Inhalt dieses Antrages nicht so richtig verstanden oder sie wollen über diesen Antrag eine andere Diskussion führen.

Was mir bei diesem Antrag auffällt, der Herr Dr. Starzengruber hat uns vor Jahren einmal im Ausschuss, oder sogar in den Budgetverhandlungen, diese Familienbegleitung näher gebracht und die war damals auch nicht recht billig, das waren, glaube ich, 3 ½ Millionen, die er da für diese Familienbegleitung haben wollten, mit dem Hinweis, dass durch diese Familienbegleitung einfach für verhaltensauffällige Jugendliche mehr an Therapie bzw. mehr an Mitbestimmung und mehr an ein Eingreifen bevor die Jugendlichen ins Heim kommen. Nichtsdestotrotz kann es natürlich passieren, dass wir über das Maß hinaus Personen oder Jugendliche haben, um die wir uns, Kraft des Gesetzes, aber auch aus menschlichen Gründen, kümmern müssen und das ist halt ein Antrag, weil es eben passiert, trotz verschiedenster Maßnahmen die wir im Vorfeld gesetzt haben. Wie man von dem jetzt auf die Vorwärts kommt, ist mir ein absolutes Rätsel, hängt aber mit ihrem Gedankengang

zusammen, Herr Dr. Pfeil.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Frau Kollegin bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich kann nur meinem Vorredner Recht geben. Für mich war es genauso unverständlich. Da geht es eigentlich darum, dass das desolate Familien sind, wo mit einem Schlag die ganzen 4, 5 Kinder ins Heim kommen. Dass man das jetzt mit Vorwärts in Verbindung bringt, also, da hat man sich wirklich zu wenig informiert, weil die Kinder sind durch das verhaltensauffällig, weil die Familie zuhause nicht mehr funktioniert und da würde auch eine Vorwärts nicht helfen, dass diese Familie wieder funktioniert. Also, man sollte das schon bitte zur Kenntnis nehmen, dass das zwei Paar Schuhe sind und das eigentlich traurig ist, wenn ich es mit der Vorwärts in Verbindung bringen. Mehr möchte ich dazu eigentlich nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag Nr. 7) die Zustimmung gibt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Das ist einstimmig angenommen.

Ich danke der Kollegin Mach. Nächster Berichterstatter ist StR Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. In meinem Antrag geht es um ein Ansuchen der SK Vorwärts ...

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Vielleicht bin ich ein bisschen der Zeit voraus. Es geht hier aber vorerst um den SK Amateure Steyr, die ihr Klubhaus neu errichten wollen. Hier geht es um eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 400.000,--. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) Fin-170/98

SK Amateure Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung eines neuen Kabinengebäudes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 9. Dezember 1999 wird dem SK Amateure Steyr für den Neubau des Kabinentraktes als erste Rate im Jahr 1999 eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von ATS 400.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

ATS 400.000,--

(iW vierhunderttausend)

werden bei der VSt. 1/269000/777000 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke, das war einstimmig.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Mayrhofer. Bitte sehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in meinem einzigen Antrag geht es um den Umbau des Schutzweges am Taborknoten und der Errichtung einer VLSA Krankenhaus.

9) VerkR-109/99

Umbau Taborknoten; Errichtung VLSA Krankenhaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Dezember 1999 wird der Mittelfreigabe in Höhe von S 207.000,-- bei der VSt. 5/640000/770000 (Kap. Transferzlg. an Bund) und der Genehmigung einer Kreditübertragung in Höhe von S 53.000,-- von der VSt. 5/640000/050000 (Einr. nach STVO, Sonderanlagen) auf VSt. 5/640000/770000 (Kap. Transferzlg. an Bund) zugestimmt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als 1. zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Im Rahmen der Budgetverhandlungen wurde auch die weitere Vorgangsweise, Umbau Taborknoten, diskutiert und wir haben damals auch diskutiert das Protokoll bzw. die Vereinbarungen die mit Vertretern des Landes, Bauabteilung, und auch Behörden und Bewohner in der Pfarre oben am Tabor geschlossen worden sind. Hier war meiner Erinnerung nach folgender Zeitplan Bestandteil des Übereinkommens, dass das Jahr 2000 für eine Planungsphase genützt wird, dass 2001 die Kreuzung Posthofberg/Blümelhuberstraße kreuzungsfrei gebaut wird, 2002 der Kreisverkehr auf ebener Erde oder Fußgänger gebaut wird, 2003 Kreisverkehr oder Fußgänger, wobei die Maßnahmen 2002 und 2003 austauschbar sind. In den Diskussionen wurde das dann wieder infrage gestellt, dass diese Vereinbarung so geschlossen worden ist und ich sage es jetzt nur dem Gemeinderat, es ist absolut notwendig, dass dieser Zeitplan eingehalten wird. Ich habe hier möglicherweise nur ein Verständnis dafür, wenn 2001 die Kreuzung kreuzungsfrei gemacht wird, dass möglicherweise hier eine gewisse Erprobungsphase notwendig sein wird. Da habe ich ein Verständnis dafür, dass man dann nicht in derselben Situation weiterplant, sondern die Erkenntnisse des Verkehrsaufkommens, insbesondere weil wir ja auch eine gravierende Umstellung des Verkehrs durch die Nordspange haben werden, dass wir hier eine Nachdenkpause von max. 1 Jahr machen. Aber ausgemacht haben wir den Zeitabstand 2001 bis 2003. Dies wurde mir auch in einem Telefonat, letzte Woche, von der Landesbauabteilung Linz bestätigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da freue ich mich sehr, wenn es so sein wird, aber momentan raufen wir noch mit der Kreuzungsfreimachung herum. Ich bin in erster Linie einmal interessiert, im Anschluss an die Fertigstellung der Nordspange, wirklich die Oberflächensanierung der Rederbrücke und diese Baustelle in Gang zu bringen. Richtig ist, dass wir uns dort die Kreisverkehrsregelung sehr gewünscht haben. Der Fußgängerübergang war eines der großen Probleme dabei. Da haben wir uns ja nicht festlegen können, oben drüber oder unten durch und beide Varianten.

Gut. Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, Kollege Dr. Pfeil, ich würde mir auch wünschen, wenn wir tatsächlich zu dieser Einigung gekommen wären. Wir haben es verlangt, wir haben aber keine Zustimmung vom Land bekommen. Die einzige Zusage vom Landesbaudirektor Sporn war, dass er gesagt hat, er wird sich bemühen. Wir sind sehr froh, im momentanen Stadium, wenn es uns gelingt, 2001 tatsächlich den Knoten Posthofberg zu machen. Gestern sind erstmalig die letzten Detailpläne ins Haus gekommen. Momentan liegt, wie der Herr Bürgermeister das richtig gesagt hat, der Ball in Wien. Wir brauchen dafür Bundesgrund. Von der Entscheidung in Wien wird es abhängen, ob wir rechtzeitig mit dem Bau nächstes Jahr beginnen können. Nach den Berechnungen der Verkehrsexperten, die mit diesem Gutachten beauftragt wurden, wird die Nordspange, die Inbetriebnahme der Nordspange, ungefähr eine Reduktion von 20 % des Verkehrs am Tabor mit sich bringen. Eine verhältnismäßig stärkere Reduktion erwartet man sich beim Schwerverkehr, der momentan ungefähr 6½ % des gesamten Verkehrs am Tabor ausmacht. Ich glaube, und da sind wir uns alle hier herinnen einig, dass wir

versuchen werden, in den nächsten Monaten und natürlich auch im nächsten Jahr, so viel Druck, wie irgendwie möglich es geht, auf die Beamten und die Zuständigen in Linz auszuüben, aber natürlich auch in Wien, damit man die Situation am Tabor so schnell wie möglich einer vernünftigen Lösung zuführen kann.

Ich darf trotzdem ersuchen, dem Antrag, wie er vorgelegt wurde, die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich würde jetzt eine Pause von 20 Minuten vorschlagen.

PAUSE VON 16.00 UHR BIS 16.35 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf als nächsten Berichterstatter Herrn StR Spanring ans Rednerpult bitten.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um den Abschluss einer Betriebsvereinbarung gem. § 3 des Betriebspensionsgesetzes, um den Abschluss eines Pensionskassenvertrages für Beamte und Vertragsbedienstete der Stadt Steyr zu ermöglichen. Ziel dieser Betriebsvereinbarung ist es, nach den Bestimmungen des § 2, Zahl 1, in Verbindung mit § 3 des Betriebspensionsgesetzes, den Beamten und Vertragsbediensteten der Stadt Steyr ab 1. 1. 2000 den Beitritt zu einer überbetrieblichen Pensionskasse zu ermöglichen. Hiezu soll, aufgrund des § 22 A OÖ. Landesgehaltsgesetzes, in der Folge des Landesbeamtenpensionsreformgesetzes 1999, eine entsprechende Vereinbarung im Sinne des § 2 Zahl 1, Betriebspensionsgesetzes getroffen werden.

Der Antrag lautet:

10) Pers-763/99

OÖ. Landes-Pensionsreformgesetz; Abschluss eines Pensionskassenvertrages für Beamte und Vertragsbedienstete der Stadt Steyr; Abschluss einer (Betriebs-)Vereinbarung gem. § 3 des Betriebspensionsgesetzes.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 13. 12. 1999 wird dem Abschluss von (Betriebs-)Vereinbarungen mit der Personalvertretung beim Magistrat der Stadt Steyr betreffend den Beitritt zu überbetrieblichen Pensionskassen für Beamte und Vertragsbedienstete des Magistrates der Stadt Steyr im Sinne des § 3 des Betriebspensionsgesetzes zugestimmt.

Der endgültige Abschluss einer Pensionskassenvereinbarung mit einer überbetrieblichen Pensionskasse bleibt jedoch einer neuerlichen Beschlussfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr vorbehalten.

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Als 1. zu Wort gemeldet hat sich Kollege Payrleithner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen und es freut uns, dass man auf jahrelange Forderungen unserer Partei im Land, und jetzt auch in der Stadt, Rücksicht nimmt und auf unsere Forderungen eingeht, denn wer sich in den Gremien mit unseren Anträgen näher beschäftigt hat, ich darf nur die Kammer als Beispiel erwähnen, der weiß, dass wir immer ein 3-Säulen-Modell vorgeschlagen und gefordert haben. Wenn man vor dem Hintergrund der jetzigen Pensionsdebatte, die ja auch auf Bundesebene stattfindet, sich so ansieht was sich da so abspielt, dann hat man wirklich den Eindruck, es dauert halt nur eine gewisse Zeit und irgendwann kommt man halt dann darauf, dass unsere Vorstellungen doch nicht so weltfremd und absurd sind. Bei dieser ganzen Angelegenheit, die uns ja mehr oder weniger vom Land verordnet oder vorgeschrieben wird, kommt natürlich ein bisschen Wehmut und ein Wehrmutstropfen auch auf. Der normale Bürger, oder jene Bürger dieser Stadt die nicht im öffentlichen Dienst sind, könnten ja eigentlich auch kritisieren, und sie werden es vielleicht auch tun, indem sie sagen, na ja, die öffentliche Hand, die ja letzten Endes mit den Steuergeldern das Ganze finanziert, die tut sich leicht, indem sie sich halt ein zweites Standbein in dem Fall schafft und die Beschäftigten des öffentlichen Hauses und des Magistrates Steyr mit einem zweiten Pensionssystem versorgt. Was geschieht in Zukunft? Und wenn man sich die Debatte, um noch einmal darauf zurückzukommen, die auf Bundesebene derzeit stattfindet, wenn diese Entwicklung weiter geht, dass die sogenannte normale Pension, vor allem die sogenannte ASVG-Pension, immer mehr Kürzungen unterliegt, was geschieht mit all jenen Bürgern, die auch brav einbezahlt haben und nicht vom Steuerzahler ein zweites Pensionssystem als zweites Standbein erhalten, wo es uns ja nicht einmal gelingt in den Großbetrieben Pensionssysteme, überall, zumindest nicht überall, selbst im größten Steyrer Betrieb gibt es sie nach wie vor nicht, Herr Kollege Bremm. Nicht einmal dort ist es bis jetzt gelungen, derartige ...

Gelächter

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... - so lustig ist es gar nicht - Systeme für unsere Mitarbeiter anbieten zu können, geschweige denn, was geschieht mit diesen vielen, vielen Beschäftigten in den ganz kleinen Betrieben und in den Mittelbetrieben, die einmal wahrscheinlich auch aufgrund ihres kleinen Verdienstes, ihres kleinen Gehalts, eine sehr kleine Pension erhalten werden, wenn die Entwicklung so weiter geht. Wie gesagt, es ist schon der negative Aspekt bei dieser ganzen Angelegenheit, weil man doch auch kritisch

anmerken könnte, mit den Steuergeldern schafft man zwar so etwas, man sollte allerdings auch Überlegungen anstellen, was mit den Rest der Bevölkerung eines Tages geschieht, wenn diese Entwicklung, die derzeit ja auch von der Regierung vorgegeben wird, weiter beschritten wird, wie dann diese Menschen ihren Lebensunterhalt, ihre Mieten usw. einmal bestreiten werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Einen Satz, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten sie mir dazu. Nicht dass ich mich jetzt rechtfertige, wieso es dass bei SNF noch keine Werkspension gibt. Ich glaube, das ist nicht das Thema des Gemeinderates, es wird euch ja auch nicht vordergründig interessieren, sondern es geht um den Antrag, dass wir die Grundlagen dazu schaffen, dass wir auch Pensionskassen im öffentlichen Bereich hier ermöglichen. Die Debatte über die Einführung und Installierung werden wir ja noch zu führen haben, das ist ja noch ein weiterer Schritt. Ich möchte hier aber das eine nicht so im Raum stehen lassen, was der Kollege Payrleithner über ihr hervorragendes 3-Säulen-Modell in den Raum gestellt hat. Ich wünsche uns allen miteinander, dass dieses 3-Säulen-Modell nicht eintritt. Das wäre nämlich eine Verarmung der älteren Generation, so wie wir das in früheren Zeiten gehabt haben. Wir haben hier gute Zeiten, oder wir haben hier Fortschritte erreichen können, aber das wäre ein gewaltiger Rückschritt, denn wenn du das Regierungsprogramm noch nicht kennen solltest, Kollege Payrleithner, ich werde dir das gerne morgen oder in den nächsten Tagen zukommen lassen, dort kannst du nachlesen, was damit gemeint ist. Du forderst nämlich immer etwas anderes, was ihr selbst in euren „Papierln“ schreibt.

Zu diesem Antrag werden wir natürlich die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werter Vertreter der Medien. Ja, drei Anmerkungen zu diesem Antrag. Die eine ist, da ist der Kollege Payrleithner schon darauf eingegangen, dass wieder einmal ersichtlich ist, dass es eine Ungleichstellung im Endeffekt geben wird, zwischen denen die im öffentlichen Dienst arbeiten und denen die nicht im öffentlichen Dienst arbeiten. Ich traue mir das locker zu behaupten, nachdem ich selbst dem öffentlichen Dienst angehöre. Ich bin aber trotzdem nicht dafür, dass man jene Personen besser stellt, letztlich auch pensionsrechtlich, als die, die in der Privatwirtschaft agieren. Im Endeffekt wird es letztlich auf das hinauslaufen. Was mir aber vor allem ein Anliegen ist zu bemerken, ist, dass es sich hierbei ja um einen Antrag handelt, der aus dem Personalbeirat kommt und ich eigentlich nicht einsehe, als Gemeinderätin dieser Stadt, dass ich für Dinge auch mitstimmen soll, verantwortlich bin, wo ich eigentlich nie Informationen bekomme. Das sind sämtliche Personalangelegenheiten der Stadt. Wie sie ja wissen ist dies das einzige Gremium, nämlich der Personalbeirat ist das einzige

gemeinderätliche Gremium, wo die Oppositionsparteien nicht vertreten sind, sprich die Grünen sind nicht drinnen und das Liberale Forum ist nicht drinnen, und ist damit auch von sämtlichen Informationen, was Personalangelegenheiten anbelangt, ausgeschlossen. Egal ob es jetzt um Bestellungen im Personalbereich geht, ob es um gewisse sonstige Regelungen geht, wir haben kein Einsichtsrecht, wir haben kein Informationsrecht, wir erfahren im Prinzip auch alles aus der Zeitung. Da denke ich mir, eigentlich sehe ich es dann nicht ein, warum der Gemeinderat das beschließen soll. Wenn das so ist, dass der Personalbeirat, der nur aus der Stadtregierung besteht, im Prinzip alles über Personalangelegenheiten bestimmt, dann soll er auch alleine das hier bestimmen, dann brauche ich eigentlich keinen Gemeinderat dafür. Das ist der Grund, warum ich mich in diesem Fall auch der Stimme enthalten werde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das Schlusswort möchte ich eigentlich nur ganz kurz halten. Ich kann dem Herrn Payrleithner, in seiner Funktion als Gewerkschafter in einem Großbetrieb, nur sagen, wenn er solche großen Sorgen in seinem Betrieb hat, auch eine Pensionskasse zu erreichen, dann Ärmel aufstricken und darum kämpfen. Das andere ist, dass sich die Freude der Beamten und Vertragsbediensteten in diesem Haus sehr in Grenzen hält, über den Abschluss dieses Pensionskassenvertrages, weil es in Summe gesehen, ausgehend eben vom Bundespensionsreformgesetz bis zu den Kommunen runter, eher eine negative Kostenneutralität für den einzelnen Angestellten, für den einzelnen Beamten oder Vertragsbediensteten, darstellt. Das möchte ich nur bemerkt wissen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Nr. 11) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Einstufung der Leiterinnen und Hilfskräfte des Seniorenklubs im GB VI, FA für Erwachsenenbildung. Aufgrund einer Überprüfung der Sozialversicherungsbeiträge der Seniorenkräfte durch die OÖ Gebietskrankenkasse wurde festgelegt, dass die bisher gepflogene Praxis der Ausbezahlung der Honorare für Seniorenklubkräfte nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, da sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen verändert haben. D. h., aufgrund der Bestimmungen des ASVG sollen die Leiterinnen des Seniorenklubs sowie auch die Helferinnen des Seniorenklubs ab 1. 1. 2000 als geringfügig Beschäftigte oder teilbeschäftigte Aushilfskräfte entlohnt werden.

11) Präs-764/99

Einstufungen der Leiterinnen und Hilfskräfte der Seniorenklubs im GB VI/FA für Erwachsenenbildung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Darstellung des Amtsberichtes des GB I/FA für Personalverwaltung vom 13. 12. 1999, Prä-764/99, wird zum Beschluss erhoben. Der Gemeinderatsbeschluss vom 20. 5. 1999 wird betreffend der Honorare/Entschädigungen für Leiterinnen und Hilfskräfte in Seniorenklubs mit Ablauf des 31. 12. 1999 aufgehoben.

Ich ersuche um Zustimmung und Beschluss.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung angenommen. Punkt 12) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem letzten Antrag geht es um den Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2000, um die Akontozahlung.

12) Fin-225/99

Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2000; Akontozahlungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 23. November 1999 wird den vierteljährlichen Akontozahlungen in Höhe von S 3.879.600,-- (exkl. USt.), also insgesamt S 15.518.400,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 2000 zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 15.518.400,-- (exkl. USt.) bei der VSt. 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 2000 genehmigt.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen, wenn sie dem Antrag zustimmen. Danke, das war einstimmig.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu dem Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, der die Zustimmung zur dringlichen Behandlung erfahren hat. Ich nehme an, Herr Dr. Pfeil wird den Antrag jetzt erläutern. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Bevor ich zum Antrag komme möchte ich ihnen zuerst einen Aktenvermerk, den ich selbst angelegt habe, zur Kenntnis bringen, damit sie Verständnis für diesen dringlichen Antrag bekommen, zu dem wir uns heute entschlossen haben. Dieser Aktenvermerk, das möchte ich auch noch vorweschicken, ist zuerst nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen, sondern war für mich als Arbeitsgrundlage vorgesehen.

In letzter Zeit kam es wiederholt und gehäuft zu Beschwerden über die Bewirtung im Steyrer Stadtsaal. Großen Unmut gab es über das nicht vorhandene Speisenangebot, zu lange Dauer bei Getränkebestellungen. Zudem war immer Anlass zur Kritik über das räumliche Angebot und die schlechten Raumverhältnisse. Schlechte Luft, zu viele Menschen auf engstem Raum, Fluchtwege verbarrikadiert. Der Pächter des Restaurants, Herr Preisinger, hatte den Pachtvertrag mit der Stadt im Sommer, genau gesagt zum Ende Juni 1999, aufgelöst. Lt. Auskunft von Herrn Dr. Schmoll, vom 18. 1. 2000, also vorgestern, hat es aber im Anschluss einen mündlichen Vertrag seitens der Stadt, durch die Person Herrn Dr. Schmidl und Herrn Preisinger, gegeben. Der Stadtsenat, der für Pachtverträge zuständig wäre und ist, für Pachtverträge von S 0,-- bis S 250.000,--, wurde bis heute nicht informiert. Lt. Auskunft der Rechtsabteilung ist Herr Preisinger mit seinem Unternehmen nun am 13. 1. 2000 in den Konkurs gegangen. Der Masseverwalter ist Herr Mag. Lehenbauer in Enns. Herr Mag. Lehenbauer in Enns besteht ...

Zwischenruf: Ausgleich

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ausgleich, Entschuldigung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe geglaubt, dass er in Konkurs gegangen ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist egal. Unser juridisch vorgebildeter Freund Keiler sagt, es ist egal. Ich bin kein Jurist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Na, es ist wohl ein Unterschied zwischen Ausgleich und Konkurs.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es spielt aber jetzt hier keine Rolle, ob das so oder so ist. Tatsache ist, dass der Masseverwalter, - aber ich darf ihnen dann eh noch etwas zitieren, Frau Frech - darauf besteht, dass das ein mündlicher Vertrag ist, ein Pachtvertrag, und auf die Einhaltung besteht. Der Magistratsdirektor sagt, es sei kein Vertrag zustande gekommen, sondern er hat nur den Herrn Preisinger gebeten weiterzuhandeln. Ich denke, wenn man eine Wurstsemmel kauft, dann ist das auch ein Vertrag. Ich habe vorgestern Abend ein persönliches Telefongespräch mit dem Masseverwalter gehabt und er hat mir zugesichert, eine Entscheidung herbeizuführen, einerseits eine Unterredung mit dem Herrn Preisinger über die Weiterführung oder Bewirtschaftung des Stadtsaales. Er hat mir gesagt, er wird mich über Herrn Dr. Schmoll bzw. über die Magistratsdirektion informieren. Es kam gestern morgens ein Fax, das mich nie erreicht hat, obwohl es meinen persönlichen Namen gehabt hat. Das muss man sich auch einmal vorstellen, es wird in diesem Hause auch ein Fax an den Vizebürgermeister nicht weitergegeben. Ich habe mir das auf anderen Wege besorgt. Der Herr Rechtsanwalt, Mag. Ernst Lehenbauer, hier ist es, faxt, Magistrat der Stadt Steyr, z. H. Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil und Herrn Dr. Schmoll, Stadtplatz 27, 4400 Steyr. Betrifft, und hier steht es Frau Frech, Konkurs Preisinger GmbH. Ihre Beschwerde über die Abwicklung einer Ballveranstaltung. Ich möchte ihnen nun dieses Fax vollinhaltlich zur Kenntnis bringen.

„Bezugnehmend auf unser Telefonat vom heutigen Tage, teile ich ihnen als Masseverwalter im Konkurs Preisinger GmbH., nach Rücksprache mit Herrn Preisinger, mit, dass dieser die erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurückweist.“ - D. h., nach seiner Ansicht ist alles in Ordnung. Man muss sich das einmal vorstellen. - „Herr Preisinger hat zugesagt, dass er die Ballveranstaltung am 22. 1. - Ball des BRG Steyr - ordnungsgemäß durchführen wird. Er wird für entsprechende Speisen und Getränke der Ballgäste sowie für eine gute Bedienung der Gäste sorgen. Leere Gläser und Unrat wird von ihm und dem Personal so rasch als möglich abserviert bzw. entsorgt werden. Darüber hinaus erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass bereits erhebliche Aufwendungen für die Veranstaltung am 22. 1. getätigt wurden und ich daher auf einer Durchführung der Veranstaltung bestehen muss.“ Soweit dieser Einschub in meinen Aktenvermerk.

Ich komme nun zum Bericht über den letztgenannten Maturaball, letzten Samstag, wo ich selbst Gast war. Das Haus macht von Anfang an einen verschmutzten Eindruck. Bereits auf den ersten Treppen zum Obergeschoss hinauf ist Kehricht und Mist auszunehmen, zu Beginn, um 19.30 Uhr. Das Haus hat nur zwei Treppen als Fluchtweg. Eine Treppe ist ständig verbarrikadiert durch Tische. Der zuständige Hausmeister, Herr Mar, ist krank. Seine Vertretung, Herr Baumgarten, ist, lt. Aussage von Schülern, nachmittags betrunken erschienen und nachher nicht mehr auffindbar gewesen. Die Hitze und der Schweißgeruch im Tanzsaal ist ab 23.00 Uhr unerträglich. Ja, Herr Dr. Alphasamer, das ist wirklich arg.

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Behauptungen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ab 22.00 Uhr gleicht das Foyer einer schlechten Bahnhofshalle oder Müllhalde. Getränkeflaschen, Gläser, volle Aschenbecher werden nicht abgeräumt. Ein Stehtisch ist umgestürzt, wird nicht versorgt, die Leute gehen auf Glasscherben. Lediglich zwei Kellnerinnen teilen sich den Hauptsaal. Insgesamt waren 7 Kellnerinnen bzw. 7 Angestellte eingeteilt. Hier waren aber die Leute, die hinten gearbeitet haben, auch inkludiert. Im Saal wurde nicht, meiner Erkenntnis nach, ich habe nichts gesehen und es haben auch Leute gesagt, wir bekommen nichts, warm serviert. Frage, ob es überhaupt warme Speisen gegeben hat. Den Schülern ist es verboten worden, seitens des Pächters,

für ein besseres Catering, für eine bessere Versorgung, zu sorgen. Sie haben lediglich ein Kuchenbuffet zugestanden bekommen. Die Verantwortung für dieses Desaster, und von dem kann man wirklich sprechen, liegt einerseits bei der Stadt, andererseits beim Pächter.

Folgende Maßnahmen sind, meines Erachtens, sofort zu treffen. Eine Entschuldigung seitens der Stadt für das Ambiente des Stadtsaales bei den Maturajahrgängen im BG Steyr, Werndlpark, nebst einer Erlassung der Miete. Auch hier gibt es eine Diskrepanz. Herr Dr. Schmidl sagte mir gestern, dass den Schülern bei Maturabällen traditionsgemäß nie eine Miete verrechnet wird.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Das habe ich nicht gesagt. Refundiert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Refundiert wird. In welcher Form wird das refundiert? Lt. Aussage von Herrn Dir. Stiglecker ist von der Refundierung bis heute nichts gewesen. Sie haben das einbezahlen müssen und es wurde noch nicht über eine Refundierung gesprochen. Sie haben mir gesagt, vielleicht erinnere ich mich falsch, aber ich habe in Erinnerung, sie hätten zu mir gesagt, es wird nie vorgeschrieben.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Nein, nein, das habe ich nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vielleicht erinnere ich mich hier falsch. Mit dem Masseverwalter, Herrn Mag. Lehenbauer, sind Vereinbarungen zu treffen, dass ab sofort jemand anders für die Betreuung des Stadtsaales bzw. für die Bewirtung des Stadtsaales einbringt. Für die kommenden Ballveranstaltungen muss ein Verantwortlicher der Stadt anwesend sein, der auf Sicherheit und Einhaltung des Pachtvertrages achtet. Es kann nicht sein, gerade nach einer Katastrophe wie in Innsbruck, dass niemand Verantwortlicher hier ist. Auch diese Ausrede, dass derjenige mit einem Handy eh erreichbar gewesen wäre. Es wurde wirklich verzweifelt nach diesem Herrn gesucht. Diese Ausrede kann hier nicht zählen. Ich hoffe, dass es auch hier Konsequenzen gibt.

Mittelfristige Maßnahmen muss man sich überlegen, wie man Veranstaltungen hier weiter abführt. Deshalb haben wir heute auch einen Dringlichkeitsantrag in der Richtung eingebracht.

Generelle Pachtverträge, die 1992 einer letztmaligen generellen Überprüfung unterzogen worden sind, sind ja auch relativ klar, einerseits, aber andererseits unklar definiert. Im gegenständlichen Pachtvertrag, Stadt und Preisinger, heißt es nämlich drinnen, dass der Stadtsaal von der Verpflichtung zur Bewirtung ausgenommen ist. Er ist grundsätzlich ausgenommen, aber der Wirt, also der Pächter, hat die Verpflichtung bei Veranstaltungen für die Bewirtung zu sorgen, wenn diese ausdrücklich verlangt wird. Weiteres sagt der Vertrag nicht aus. D. h. für mich als Rechtsunkundigen, frage ich, wer verlangt etwas. Verlangt es die Stadt, dass der Herr X, Y, der Pächter, die Bewirtung übernimmt oder kann es der Veranstalter verlangen? Hier waren unsere

Schüler sehr wohl sehr aktiv und haben versucht, hier eine eigene Cateringfirma bzw. ein eigenes Catering auf die Beine zu stellen. Also, hier war es auf keinen Fall im Sinne des Veranstalters. Hier muss es schon dringend geklärt werden und auch die Verantwortlichkeit geklärt werden.

Es würde zu weit führen über die anderen Konkurse, die mit schlechten Verträgen gemacht worden sind, da haben wir in letzter Zeit ja auch einige hier zu diskutieren. Ich beschränke mich jetzt auf diesen Dringlichkeitsantrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Voraussetzungen für die Vergabe sämtlicher Pachtrechte an allen im Eigentum der Stadt Steyr befindlichen Veranstaltungsobjekten, für die keine aufrechten Verträge bestehen, sollen von der Stadt Steyr geschaffen werden. Ferner wird der Magistrat aufgefordert, innerhalb von 3 Monaten ein Konzept zwecks Übertragung der Durchführung von Veranstaltungen an eine Veranstaltungsgesellschaft auszuarbeiten.

Die Begründung haben sie jetzt selbst ausgeteilt bekommen und deckt sich ja teilweise mit meiner Wortmeldung.

Zum Schluss möchte ich die Fragen, die hier offengestellt sind, noch einmal präzisieren, die ja offen geblieben sind.

Ganz akut: Wer wird, mit welchem Einverständnis, diesen Samstag, dieses Wochenende, die Bewirtschaftung durchführen? Der Herr Preisinger hat erst am 31. 1. zurückgelegt, es gibt eine Diskrepanz über den Pachtvertrag, ob das ein mündlicher Pachtvertrag ist, oder ob kein mündlicher zustande gekommen ist. 2. Ist eine dauernde Anwesenheit des Hausmeisters, des Verantwortlichen, notwendig und vorgesehen? 3. Ich möchte das überspringen, um das nicht zu weit führen zu lassen. Die S 7.500,-- habe ich angesprochen. Aber eine Frage möchte ich schon noch einmal wiederholen. Warum wurde der Stadtsenat von einem bestehenden Pachtvertrag nicht informiert, der ja offensichtlich da ist, weil auch ein mündlicher Vertrag ist ein Vertrag! Warum wurde der Stadtsenat darüber nicht informiert? Ich danke ihnen.

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Voraussetzungen für die Vergabe sämtlicher Pachtrechte an allen im Eigentum der Stadt Steyr befindlichen Veranstaltungsobjekten, für die keine aufrechten Verträge bestehen, sollen von der Stadt Steyr geschaffen werden. Ferner wird der Magistrat aufgefordert, innerhalb von 3 Monaten ein Konzept zwecks Übertragung der Durchführung von Veranstaltungen an eine Veranstaltungsgesellschaft auszuarbeiten.

BEGRÜNDUNG:

1. Dringlichkeit

Der derzeitige desaströse Zustand bei Veranstaltungen im Stadtsaal Steyr hat mit dem BG-Ball am Samstag, 15.1.2000, seinen Höhepunkt erreicht. Lt. Aussage des Masseverwalters des in Konkurs befindlichen Restaurantbetreibers will dieser bis zum 31.1.2000 die Bewirtung weiter selbst vornehmen. Der Masseverwalter bestätigt die Aussage des Herrn Preisinger (Fax v. 19.1.2000), dass beim Maturaball des BG alles in Ordnung gewesen sei. Nachdem dies vonseiten der Stadt nicht zu akzeptieren ist, ist umgehend eine Änderung in der Bewirtschaftung herbeizuführen.

2. Bestellung einer Veranstaltungsgesellschaft

Die Ausgliederung an eine Veranstaltungsgesellschaft ist deshalb erstrebenswert, weil derzeit folgende Kriterien eine Veranstaltung als ungeeignet erscheinen lassen:

Das Haus macht einen verschmutzten Eindruck, bereits auf den Treppen in den ersten Stock zum Saal liegt nur Schmutz herum.

Das Haus hat nur 2 Treppen als Fluchtweg. Eine Treppe ist ständig durch vorgestellte Tische blockiert.

Die Vertretung des erkrankten Hausmeisters ist unauffindbar.

Die Hitze und der Schweißgeruch sind im Tanzsaal ab 23.00 Uhr unerträglich, da die Lüftung nicht eingeschaltet ist.

Ab 22.00 Uhr gleicht das Foyer einer schlechten Bahnhofsbierhalle oder Müllhalde. Getränkeflaschen, Gläser, volle Aschenbecher werden nicht abgeräumt. Ein Stehtisch stürzt um, Scherben auf dem Boden werden weiter zertreten.

Lediglich 2 Kellnerinnen bedienen die gesamten Ballgäste im Tanzsaal.

Stundenlange Wartezeiten für Getränke sind die Folge.

Warmes Essen wird schon lange nicht mehr angeboten. Den Maturanten wird jedoch vonseiten des Pächters verboten, Speisen anzubieten. Lediglich ein Kuchenbuffet wurde gestattet.

3. Pachtvertrag des Herrn Preisinger

Wie uns bekannt ist, hat Herr Preisinger mit Ende Juni 1999 den Pachtvertrag gekündigt. Seither ist vonseiten der Stadt nichts unternommen worden, um die Situation in den Griff zu bekommen und eine neue Basis zu schaffen.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, um diesem Desaster ein Ende zu bereiten und Sofortmaßnahmen zu treffen. Jetzt gerade deshalb, weil in nächster Zeit noch einige Veranstaltungen stattfinden werden und man keinem Veranstalter zumuten kann, unter diesen Rahmenbedingungen eine seriöse Abwicklung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte also, bevor ich den Herrn Magistratsdirektor bitte, zu Wort hat sich auch schon der Kollege Keiler gemeldet, aber der Magistratsdirektor müsste dann, glaube ich, ein bisschen Auskunft über das geben, was bisher geschehen ist, damit wir die Dinge da alle hören. Ich muss sagen, Beschwerden über den Stadtsaal, im Hinblick auf das nicht gute Funktionieren der Klimaanlage, hat es eigentlich öfters gegeben. Wir haben alle erlebt, dass es dort sehr heiß ist, obwohl wir, ich glaube 1992 oder 1993, diese Anlage umbauen ließen und wenn ich mich richtig erinnere um mindestens 1,5 oder 1,6 Millionen Schilling.

2. Es wurde auch öfters über ungeschultes oder jedenfalls über zuwenig Personal bei Ballveranstaltungen geklagt.

3. Der Herr Preisinger hat im Sommer des vergangenen Jahres gekündigt, mit irgendeinem Ablaufdatum, das ich jetzt nicht genau im Kopf habe. Es hat sich ja die Situation ergeben, dass wir diesen Saal neu zur Bewirtschaftung ausschreiben wollten und das auch getan haben, aber in der Zwischenzeit ist das Projekt Miniplexkino und auch die gastronomische Einrichtung dieses Gesamtkomplexes, diese Kinos haben das üblicherweise, aktualisiert worden und wir haben gesagt, es hat doch keinen Sinne einen Nachfolgepächter zu bestellen, wenn sich die gesamte gastronomische Situation in dem Haus ändert und wir noch nicht einmal genau wissen in welcher Form diese Änderung stattfinden wird. Aus diesem Grund haben wir gesagt, also, eine Vergabe der Gastronomie in dem Haus, scheint zur Zeit nicht zweckmäßig. Ich habe damals den Herrn Magistratsdirektor gebeten zu schauen, ob Preisinger diese Veranstaltungen, die da jetzt noch laufen, nach der Kündigungsfrist, noch weiter macht. Das wäre die einfachste Möglichkeit. Soweit ich informiert bin, hat er sich dazu auch bereiterklärt. Das andere würde ich bitten, nachdem da ein paar rechtliche Probleme, Zuständigkeiten, angesprochen wurden und was bisher geschah und ein paar Forderungen des Herrn Dr. Pfeil, die wir von uns aus in ähnlicher Form auch gesehen haben und schon tätig geworden sind, in der Person des Magistratsdirektors, bitte ich jetzt den Magistratsdirektor Dr. Schmidl das zu erläutern.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder des Steyrer Gemeinderates. Vorausschicken möchte ich, dass die Verhältnisse im Stadtsaal, sowohl was die baulichen Verhältnisse als auch die Bewirtschaftung betrifft, nicht optimal sind. Man kann sagen, in manchen Bereichen auch schlecht sind. Vorausschicken möchte ich auch, dass sich die Kolleginnen und Kollegen des Magistrates und auch ich persönlich bemüht haben für die heurige Ballsaison gute Voraussetzungen zu schaffen. So habe ich persönlich mit dem Herrn Preisinger gesprochen, wie ich über die OÖ Nachrichten, über den Herrn Stögmüller, erfahren habe, dass angeblich kein warmes Essen verabreicht wird, und ihn dazu veranlasst, dass er für die Schülerbälle weitere drei warme Essen, und zwar qualitativ hochwertige Essen, ausschenken muss. Also, von einem Beef Stroganof bis zu Tortellinis sollte alles angeboten worden sein. Das nicken der Herren, die bei diesen Bällen anwesend waren, zeigt mir, dass es angeboten wurde. Warum habe ich das getan? Diese Frage hat auch Herr Dr. Pfeil aufgeworfen. Weil der Magistrat Steyr und damit auch der Magistratsdirektor ja gewisse Kompetenzen hat, auch da in der Stadt. Und zwar sind diese Kompetenzen im Statut festgelegt und zwar im Paragraf 51 unseres Stadtstatutes. Da steht eben drinnen, dass der Magistrat neben behördlichen Angelegenheiten in der ersten Instanz auch zuständig ist für laufende Instandhaltung und Wiederbeschaffung wie auch, und da kommen wir jetzt auf den Punkt, für die Verwaltung des Vermögens und auch für die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft von Anstalten und Betrieben. D. h., wir müssen danach trachten, dass die Betriebe, die wir haben, auch den laufenden Betrieb erfüllen können. Wenn wir jetzt im Stadtsaal einige Veranstaltungen im Jahr haben, es sind ja nicht viele, und wenige von diesen eine gastronomische Betreuung brauchen, so müssen wir schauen, dass für diese einzelne Veranstaltung auch eine gastronomische Betreuung vorhanden ist. Ob das jetzt nur in Form einer Getränkeausschank ist oder ob das auch in Form des Verabreichens

von Speisen und Getränken ist.

Im Rahmen dieser Kompetenz habe ich dann, und sie haben ja auch den Herrn Bürgermeister gehört, im Einvernehmen mit dem Herrn Bürgermeister, den Herrn Preisinger ersucht, bei Veranstaltungen die Betreuung des Stadtsaales weiter zu übernehmen und zwar für jede Einzelveranstaltung. Es ist jede Einzelveranstaltung mit dem Herrn Preisinger vereinbart worden, dass er eben da nur Getränke oder Getränke und Essen ausschenken soll. So war es auch jetzt bei diesen beiden Schulbällen und es ist auch mit ihm gesprochen worden, dass er auch den BRG Ball, der dieses Wochenende sein wird, gastronomisch betreuen soll. Aufgrund der Erfahrungen die wir aber jetzt mit dem HAK-Ball und dem BG-Ball gemacht haben, habe ich diesen Auftrag widerrufen, das auch dem Masseverwalter mitgeteilt und wir haben versucht, dass wir jetzt andere Gastronomiebetriebe hinbekommen. Ich kann ihnen nur sagen, es war gar nicht so leicht. Wir haben 5 Steyrer Gastronomen ersucht, diese Betreuung der Bälle zu übernehmen. Aber anscheinend ist es doch nicht so attraktiv, wie man das so herkömmlich vermeint. Schlussendlich ist erst jetzt, vor einer ½ Stunde, fixiert worden, dass zwei Steyrer Gastronomen gemeinsam die Betreuung des BRG-Balles übernehmen werden.

Was die Anwesenheit des Verantwortlichen betrifft, Herr Dr. Pfeil, so ist es für mich vollkommen klar, dass der Verantwortliche für den Stadtsaal natürlich im Gebäudekomplex anwesend sein muss. Ich kann ihn aber nicht auf einen Sessel im Stadtsaal festschnüren, sondern er muss im Gebäudekomplex anwesend sein und er muss für die Ballverantwortlichen, also für die Mitarbeiter des Ballkomitees, erreichbar sein. Genau das war auch der Fall bei den letzten Bällen. Und zwar ist vor jedem Ball, immer am Vormittag, eine Lagebesprechung zwischen dem Stadtsaalverantwortlichen und den Mitgliedern des Ballkomitees.

Den Fall den sie angesprochen haben, sie wissen ganz genau, dass auch an diesem Vormittag eine Zusammenkunft war und dass die Handynummern ausgetauscht wurden und wenn man den Saalverantwortlichen braucht, dann muss man halt die Handynummer anrufen, weil der wird wahrscheinlich in irgendeinen anderen Raum, ein bisschen weg vom Rummel, sein. Ich weiß auch, dass der Herr Baumgarten bis 4.00, 5.00 Uhr früh seinen Dienst im Stadtsaal versehen hat. Wenn sie ihm unterstellen, dass er schon am Nachmittag keinen sicheren Schritt machen hat können, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe nur zitiert.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

... dann ist das wirklich eine Unterstellung, die will ich auf einen Mitarbeiter des Magistrates Steyr einfach nicht sitzen lassen. Er ist ein äußerst korrekter Mitarbeiter, fast ein überkorrekter Mitarbeiter und ich bin der Überzeugung, dass er nicht betrunken war.

Was die Tische vor dem zweiten Auf- oder Abgang im Stadtsaal anbetrifft, ist es so, dass die ja immer am Beginn der Veranstaltung aufgestellt werden und zwar deshalb, dass nicht die Schüler auf jeden Ausgang heraufkommen, damit sie eben nur bei einem bestimmten Ausgang heraufkommen, dass die Karten ordentlich kontrolliert werden können. Diese beiden Tische können ohne großen Aufwand, dann, nachdem die Karten ordentlich kontrolliert worden sind, beiseite geschoben werden. Das ist ja überhaupt kein großer Aufwand. Das kann mir niemand erzählen, dass das nicht ein Mann alleine tun könnte.

Ich hoffe, ich habe keine der offenen Fragen jetzt übrig gelassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Frage der Kosten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

S 7.500,-- Refundierung und die Stadtsenatsgeschichte möchte ich noch hören, warum der Stadtsenat nicht informiert war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das hat er eh ganz genau erklärt.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Weil der Magistrat zuständig ist. Wenn ich den Stadtsenat über all das berichten würde, was ich einen ganzen Tag mache, dann würde ich wahrscheinlich einen Tag brauchen, dem Stadtsenat das zu sagen.

Es war eine Einzelvereinbarung für jede einzelne Veranstaltung, Herr Dr. Pfeil. Das habe ich auch gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das sieht der Masseverwalter aber rechtlich anders.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Sie wissen das eh, wie es unter Juristen ist. Der Masseverwalter ist nicht der Dr. Schmoll, sondern der Herr Mag. Lehenbauer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt, und der Herr Dr. Schmoll. Jetzt passen sie auf, was ich sage.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Es kann jeder Recht haben und es kann sich jeder irren. Fix ist aber, dass die kommende Veranstaltung von einen anderen Gastronomen betreut wird und ich hoffe, dass es einfach besser wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was ist mit den S 7.500,--?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muss ganz ehrlich sagen, ich weiß nicht was ausgemacht war. Eines werden wir einmal sicher nicht tun, dass wir uns jetzt für den Stadtsaal entschuldigen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich kann mich höchstens dafür entschuldigen wenn irgendetwas nicht in Ordnung war, aber für den Stadtsaal und das Ambiente kann ich mich leider nicht entschuldigen, den haben wir so geerbt, wie er jetzt ist und die Schulbälle finden auch laufend, über die Jahre hinweg, statt. Für was wir zuständig sind ist, dass wir die Heizung oder die Klimaanlage reparieren und wir sind zuständig, dass dort ordentlich geputzt wird. Das ist unsere Verantwortung und um das werden wir uns sicher kümmern. Das ist keine Frage. Der Rest ist eine Frage des Pächters, des Wirtes. Da ist bereits eine ganz kurzfristige Konsequenz erfolgt und es ist ein anderes Cateringunternehmen, eigentlich sind es zwei, beauftragt worden schon die nächste Veranstaltung so durchzuführen und zwar, Herr Dr. Pfeil, bevor sie die Klage da eingereicht haben, publikumswirksam, weil sie haben mir gesagt, und ich habe ihnen in allen Punkten Recht gegeben, das ist gar keine Frage.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist ja nicht von heute auf morgen passiert. Es ist noch jedes Mal schlechter geworden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muss ehrlich sagen, das haben leider Wirte an sich, wenn sie in Konkurs gehen. Da können sie sich gerne ein bisschen umtun bei einigen anderen prominenten Wirten in unsere Stadt, da war das zum Schluss hin leider auch so.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darum wundert es mich ja, dass er weiter einen Auftrag von der Stadt zur Bewirtung von dem Saal gehabt hat. Das wundert mich ja, wenn sie es eh wissen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie, habe ich ihnen das nicht erklärt, dass wir unter normalen Verhältnissen schon einen anderen

Pächter beauftragt hätten. Das hätten wir natürlich im Stadtsenat debattiert. Aber wir werden uns doch nicht einen neuen Pächter für den Stadtsaal suchen und können ihm noch gar nicht sagen, wie denn die Konfiguration des Gastronomiebetriebes dort draußen überhaupt aussehen wird. Da sind Fachleute der Meinung, dass die Gastronomie möglichst in einer Hand sein soll, zumindest soll es von einer Hand aus gemanagt werden, damit das funktionieren kann. Ich bin überfragt, wenn ich jetzt auf einmal sagen soll, wie ist die beste gastronomische Konfiguration. Da gibt es in solchen Miniplex- und Megaplexkinos nebeneinander eine ganze Reihe von gastronomischen, recht unterschiedlichen, Angeboten. Im Hinblick auf diesen Umstand glaube ich, dass wir gut beraten sind, eine Vergabe an einen Gastronomen erst vorzunehmen, wenn das genau in der Planung vorliegt. Der wird auch mitreden bei der Investition und so weiter. In der Zwischenzeit ist es meine Intention, dass wir auf Cateringbasis den Stadtsaal bewirtschaften lassen. Wenn es geht, von einem Steyrer Gastronomen oder einer Gesellschaft, die das betreibt. Das ist unsere Linie und ich glaube, da ist nichts falsch.

Weil ich schon am Wort bin sage ich, ich blicke nicht durch, das haben sie mir nämlich auch nicht erklärt, ausreichend jedenfalls für mich, ich weiß nicht wie es den anderen Kolleginnen und Kollegen geht, dass wir eine Veranstaltungsgesellschaft gründen sollen um den Stadtsaal zu vermieten. Da würde ich doch einen etwas überdimensionierten Aufwand drinnen sehen. Das ist ja genau das Gegenteil, von dem wir immer reden, entbürokratisieren, eine Gesellschaft gründen. In Wirklichkeit geht es doch darum, dass sich bestimmte Veranstalter beim Magistrat, bei der zuständigen Fachabteilung, das ist Schule und Sport wenn ich das richtig drauf habe, ...

Zwischenruf: Kultur!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schule und Sport und Kultur, ja genau, alles zusammen, Geschäftsbereich muss ich sagen, dann stimmt es. Dort meldet sich der und fragt, ob er den Stadtsaal an einen bestimmten Termin haben kann, und wenn er frei ist, bekommt er ihn. Dann macht er sich mit dem Wirt das aus, was da sein soll. So ist das in der Regel bisher, glaube ich, gelaufen. Jetzt haben wir einen bevorstehenden Wechsel beim Pächter. Ich habe überhaupt kein Problem. Es ist nur eines. Es wäre natürlich schon besser, wenn wir jemanden hätten, der ein Catering im Stadtsaal macht und es nicht so dem Zufall zu überlassen. Ich nehme einmal an, wenn irgendjemand dort eine Mineralienausstellung macht, oder irgendwer anderer eine Kabarettveranstaltung macht, wenn der jedes Mal auch noch einen Wirt in Steyr dazusuchen muss, wenn das Auswärtige sind, ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Im Museum Arbeitswelt ist es so!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na ja, aber sie vermitteln das, nehme ich an. Also, mir wäre es da eigentlich eher lieber, wenn wir da ein möglichst qualifiziertes Cateringunternehmen hätten. Also, sonst sehe ich da eigentlich keine großen Möglichkeiten. Ich bin aber natürlich gerne bereit, bei unseren nächsten Zusammenkünften, oder auch heute, über eure Vorschläge auch im Detail zu diskutieren. Aber einfach heute zu beschließen, wir machen eine Veranstaltungsgesellschaft, also, ich würde dem meine Stimme nicht geben.

Herr Kollege Keiler hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Ich erteile dir das Wort.

GEMEINDERAT

STEPHAN KEILER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kollegen. Ich darf zu der Sache eine kleine Sachverhaltsdarstellung aus meiner Sicht abgeben, weil ich, wie auf vielen Schulbällen, auch in den beiden Fällen, Freitag und Samstag, HAK-Ball und Ball des Bundesgymnasiums Werndlpark, als Vertreter des Bürgermeisters anwesend war und im Gegensatz zu den meisten, also bei beiden anwesend habe sein müssen oder dürfen. Ich möchte auch niemanden verteidigen mit Ausnahme des Herrn Baumgarten, weil ich ihn am Ball getroffen habe, sogar im Bereich in dem dieses Essen ausgeschenkt wurde und auf mich hat er keinen wie immer gearteten betrunkenen oder benebelten Eindruck gemacht. D. h., ich kann bestätigen, dass er am Ball nicht den Eindruck gemacht hat, als hätte er Alkohol zu sich genommen und ich kann auch seine Anwesenheit bezeugen.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt lassen sie ihn doch, sie haben ja auch alle reden lassen.

GEMEINDERAT

STEPHAN KEILER:

Ich wiederhole mich, ich möchte niemanden verteidigen, bis auf den Herrn Baumgarten in diesem Fall. Ich wurde etwa 15 Tage vor dem BG-Ball von Schülern, von Maturanten, die hinter dieser Organisation dieses Balles stecken, kontaktiert, warum es denn möglich ist, dass der Herr Preisinger, als Pächter in diesem Fall, die Ausgabe von warmen Essen verweigern darf. Es sei auch schon zu diesem Zeitpunkt Kontakt zum Magistratsdirektor aufgenommen worden und ich möge mich doch auch vielleicht umhören, warum und wieso. Ich habe dann auch mit dem Herrn Magistratsdirektor gesprochen und mich noch einmal bei den Schülern erkundigt. Nein, der Preisinger hat zuerst verneint, den Theaterkeller für das Publikum zu öffnen, weil es da seiner Meinung nach Schwierigkeiten mit den Schülern gegeben hat, die dort nur Bier getrunken und kein warmes Essen konsumiert haben. Deswegen stand von seiner Seite aus nicht zur Diskussion den Theaterkeller zu öffnen. Daraufhin wollten die Schüler einen Pizzaservice beauftragen, seine Ware dort anzubieten, was aber aus feuerpolizeilichen Gründen versagt wurde. Daraufhin sind sie sozusagen ohne warmes Essen dagestanden, wenn man es so sagen will. Der Magistratsdirektor hat es schon gesagt, er hat dann den Herrn Preisinger verpflichtet drei warme Essen zu kochen. Ich kann mich auch noch ganz genau daran erinnern was das war, Beef Stroganof, Geschnetzeltes und Tortellini und als Fleißaufgabe, wie ich also bei diesem Lokalausweis wahrnehmen konnte, hat er auch noch darüber hinaus eine warme Gulaschsuppe angeboten. Was ich bei diesem Ball aber auch erfahren habe, war, dass also die Wartezeit auf dieses Essen über 1 Stunde betragen hat und auch das Service so vernachlässigt wurde, dass man auf die Bezahlung 1 ½ Stunden warten musste. D. h., dass das Personal völlig überfordert war, steht nicht zur Diskussion.

Einen Satz noch zur Reinlichkeit des Stadtsaales. Also, ich war ja nicht zum ersten Mal dort, ich habe vor 10 Jahren selbst dort eine Ball mit veranstaltet, aber ich habe, was das betrifft, keinen Unterschied zu den letzten Jahren erkennen können und es ist mir auch kein Kehrlicht besonderer Art aufgefallen, wie ich das Gebäude betreten oder durchwandert habe. Das wollte ich dazu noch sagen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Vertreter der Medien. Ja, Herr Dr. Pfeil, ich muss eines sagen, sie haben wirklich ein Talent an sich, durchaus stimmige Sachverhalte so darzubringen, dass ich Widerstand regen muss. Widerstand insofern, wenn es darum geht, persönliche Untergriffe gegen Personen zu starten, die sich nicht wehren können, weil sie gar nicht anwesend sind. Also, von solchen Dingen möchte ich sie wirklich bitten Abstand zu nehmen.

In der Sache selbst muss ich ihnen leider Recht geben, was ich traurig finde, weil natürlich der Stadtsaal damit auch mit dem Image der Stadt Steyr zusammenhängt. Ich war einen Tag vorher am HAK-Ball dort und ja, was ich bestätigen kann ist sicherlich der Mangel der Bewirtung, sowohl was den Zeitraum anbelangt, innerhalb dessen man Getränke bekommen hat, als auch sonstige Dinge, die da sicherlich nicht so passend waren.

Die Frage die ich mir prinzipiell einmal stelle ist die, wie es eigentlich sein hat können, dass ja der Vertrag bereits Ende Juni 1999 gekündigt war und man trotzdem weiterhin quasi mündlich einen Vertrag gemacht hat. Da möchte ich ihnen widersprechen, Herr Bürgermeister. Ich denke mir, das ist nicht die Frage von hopp oder drop, dass man sagt, wir haben ja jetzt nicht einen neuen Pächter ausschreiben können, da gebe ich ihnen ja Recht, aber es wäre durchaus die Möglichkeit gewesen, nachdem wir ja auch in den letzten Jahren immer negative Erfahrungen gemacht haben, ich war auf zahlreichen Veranstaltungen im Stadtsaal und das Problem war immer dasselbe, mit dem geringen Personaleinsatz, deshalb lange Wartezeit der Gäste usw., hätten wir ja auch hergehen können und uns eine Caterer suchen, der bereit ist, genau für diese einzelnen Veranstaltungstage hier aktiv zu werden. Also, es war nicht die Sache, hopp oder drop, entweder gar keinen Vertrag oder sich einen neuen Pächter generell zu suchen, sondern wirklich dieses Catering auszulagern. Da bedaure ich es wirklich, dass es erst zu diesen Vorfällen hat kommen müssen, dass man jetzt erst reagiert, weil dass die Vorfälle stimmen, zeigt alleine die Tatsache, dass für die nächste Veranstaltung, für dieses Wochenende, bereits jemand anderer das Catering vornehmen wird. Da wäre es sicherlich zielführend gewesen, und ich kann mich erinnern, es war auch Thema in einem gemeinderätlichen Gremium, ich kann jetzt ad hoc nicht sagen in welchem Gremium, aber da war die Debatte bereits, na ja, der Pachtvertrag mit dem Herrn Preisinger wird gekündigt und dann war die Anregung von einigen Mandataren, na ja, aber dann müssen wir schauen, dass trotzdem eine Bewirtung sein wird, vor allen bei den Bällen. Da hat es geheißen, da werden wir uns schon jemanden suchen fürs Catering. Passiert ist es dann leider nicht und das bedaure ich, weil damit haben wir auch vom Image her Schaden genommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil zum zweiten Mal. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, die Erklärungen des Herrn Magistratsdirektors waren leider, wie ich erwartet habe, nicht ausreichend. Vor allen Dingen ist er viel schuldig geblieben. Was vor allen Dingen fast als Provokation aufzufassen ist, wenn er sagt, er hat sich bemüht, gute Voraussetzungen zu schaffen. Es war das Problem hier bekannt. Das war uns allen bekannt, der jemals auf diesen Ball in diesem Haus gewesen ist und ich halte das für eine Provokation. Wer dieses Jahr am Debütantenball gewesen ist, wer einen Schulball besucht hat, der kann das bestätigen, dass es jedes Mal noch schlechter geworden ist.

Zur Sicherheit auch noch etwas. Wenn der Herr Baumgarten anwesend gewesen sein sollte, war er zumindest sicher über lange Strecken nicht da, weil von den Veranstaltern ist auch einmal wer zu uns hergekommen, wissen sie, wo der Herr ist, wir haben ein Problem. Das war gegen Mitternacht. Wir haben ein Problem, er ist nirgends auffindbar gewesen. Von wegen Sicherheit. Herr Magistratsdirektor, da liegen auch sie wiederum falsch. Es geht hier um die eine Treppe, dort wo nicht die Karten abgezwickelt oder beobachtet werden, sondern es geht um den Fluchtweg, von dem Vorbereich hinunter. Das sind zwei Fluchttreppen, die sind die einzigen Fluchttreppen und hier müssen selbstverständlich beide Treppen frei sein. Wenn ein Verantwortlicher der Stadt dort ist, dann hätte er Sorge tragen müssen, dass die frei sind, auch wenn das nur übereinandergestellte Tische waren. Wenn Panik ausbricht, sind übereinandergestellte Tische schwierig und wir brauchen nicht erst, dass wieder etwas passiert, dass man erst seiner Verantwortung wieder nachkommt.

Es ist weiterhin jetzt offen, was mit den S 7.500,-- passiert. Der Herr Magistratsdirektor sagt heute, es wird refundiert, der Bürgermeister sagt, wenn ich es richtig verstanden habe, es wird nicht refundiert. Oder doch?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich weiß es nicht. Was soll ich denn noch alles wissen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er weiß es nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist die Frage, was mit denen vereinbart ist. Wenn der Magistratsdirektor es weiß, dann soll er es sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Herr Dr. Schmidl hat mir gesagt, es wird immer refundiert.

MAGISTRATSDIREKTOR

OSR DR. KURT SCHMIDL:

Nein, nein, immer habe ich auch nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben sie mir gesagt.

MAGISTRATSDIREKTOR

OSR DR. KURT SCHMIDL:

Bei Schulbällen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bei Schulbällen, na ja, wir reden ja von Schulbällen. Na gut, also kann man ihnen mitteilen, dass sie zumindest eine Refundierung bekommen. Auch das, und ich sage es noch einmal, wäre Aufgabe des Stadtverantwortlichen gewesen, weil es ja offensichtlich ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Geh, passt ein bisschen auf.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... im Bereich Klimaanlage, irgendwo um 22.00 Uhr, einen Absturz gegeben haben muss, weil dieses Klima hat es vorher auch noch nie gegeben. Und auch hier wurde der Betreffende, das war ja der ausschlaggebende Punkt, also, wo dann die Stimmung gekippt ist, weil auch hier niemand greifbar war. Die Mitternachtseinlage hat ja im gleißenden Licht und in einer Höllenhitze stattgefunden. Es war wirklich eine Zumutung, sowohl für die Veranstalter als auch für die Besucher, die diesen Ball besucht haben.

Zum Dringlichkeitsantrag, Herr Bürgermeister, wenn sie ihn genau lesen. Es ist eine Absichtserklärung, dass innerhalb von drei Monaten ein Konzept erstellt wird, wie man Veranstaltungen besser organisiert, das muss nicht Aufgabe der Stadt sein. Das Gegenteil von dem, was sie meinen, will ich haben, weil sie gesagt haben ihr wollt alles regulieren. Ich will das deregulieren, wenn hier die Verantwortung nicht wahrgenommen wird, wenn es teuer ist, dann sollte es jemand anderer machen. Dafür treten wir ein und das sollte hier Ausgangspunkt für die Arbeitsgruppe sein, mit dem Ziel, in drei Monaten entsprechende Vorschläge zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer bezahlt denn die Arbeitsgruppe?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann dem nicht ganz folgen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das kann schon sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das kann schon sein, aber wie man einen Ball macht, da kann ich ihnen schon folgen, weil ich habe Gelegenheit gehabt, in meinem langen Funktionärsleben, eine ganze Menge an Bällen zu organisieren und da habe ich mich immer zusammengeredet. Auf der Gemeinde habe ich die Lustbarkeitsabgabe gemeldet, dann habe ich geschaut, dass ich die Plakate habe, und dann habe ich mich mit dem Wirt zusammengeredet, oder mit dem, dem der Saal gehört hat, und dann habe ich das Ding veranstaltet und es hat immer funktioniert. Wenn es bei uns nicht funktioniert, dann müssen wir schauen, warum nicht. Die Heizung ist eine Sache von einem Klimatechniker. Da hoffe ich, dass es schon beauftragt ist.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Damals hat es wenigstens noch keine Klimaanlage gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da hat es auch den Stadtsaal noch nicht gegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, irgendwann werden wir einmal einen neuen Stadtsaal bauen und dann werden wir wahrscheinlich auch eine Betriebsgesellschaft dafür errichten.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Machen wir im Reithof ein Veranstaltungszentrum.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben immer Ideen, sie machen mich ganz fertig.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt haben wir das noch nicht einmal erledigt, mit dem Schlossparkpavillon, jetzt wollen sie da schon wieder etwas machen. Aber ich bin schon der Meinung, dass wir die Stadtsaaldebatte nicht allzu lange debattieren. Es ist schon fast alles geschehen was geschehen soll, dass das funktioniert. Um das geht es mir nämlich. Dass wir zwei Stunden debattieren, das ist ein bisschen viel.

Herr Kollege Oppl bitte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Keine Angst lieber Herr Bürgermeister, meine Wortmeldung wird ganz kurz sein, ich möchte das nur ein bisschen relativieren, bezüglich der Klimaanlage und bezüglich vom Mist und von der Reinigung. Ich habe das große Vergnügen gehabt als Verantwortlicher am nächsten Tag, am Sonntag, seitens der Kinderfreunde, den Kindermaskenball durchzuführen. Wir sind am Sonntag um 9.30 Uhr im Stadtsaal erschienen, weil wir ja den Saal dekorieren wollten und wir haben es auch gemacht. Ich kann hier nur bestätigen und möchte das auch nicht im Raum stehen lassen, weil wie sie das so gesagt haben, gleich wie sie gekommen sind ist der Kehricht und der Mist auf den Stiegen gelegen, dann kann man das auch so interpretieren, dass seitens der Bediensteten des Magistrates, die dort oben tätig sind und dort putzen, einfach nicht ordentlich geputzt wird. Ich möchte das wirklich hier in Abrede stellen. Ich widerspreche ihnen hier vehement, weil es war sowohl der Stiegenaufgang als auch der Stadtsaal blitz blank geputzt. Ich pflichte ihnen bei, dass das Ambiente im Stadtsaal nicht unbedingt das Größte ist, aber sich hier herstellen und zu behaupten, dass da der Müll und der Kehricht, so quasi in einem Unterton, noch vom Vortag, vom HAK-Ball, noch herumgelegt ist, das möchte ich hier von dieser Stelle vehement zurückweisen. Viel mehr hat mich erschüttert, und da komme ich jetzt auf die Aussage und auf ihre Frage zurück, was mit diesen S 7.500,-- Miete passieren soll. Ich darf ihnen sagen, für uns hat es noch nie eine Diskussion gegeben, und für mich ist das neu, lieber Magistratsdirektor, dass man das vielleicht refundiert bekommt, weil die ÖVP hat ja auch nächste Woche ihren Kindermaskenball und es würde mich freuen, wenn das so Usus ist, weil was für Schülerbälle Gültigkeit hat, ist, denke ich mir, für Kinderveranstaltungen noch viel mehr, noch dazu wo wir keinen Eintritt verlangen, sowohl die ÖVP nicht als auch wir nicht, und

wir haben wirklich nur Unkosten und wir verlangen da keinen Eintritt. Aber das ist eine andere Geschichte.

Für eines habe ich aber nicht Verständnis. Wenn sie jetzt meinen, die Kosten sollen refundiert werden, dann kann ich ihnen nur sagen, ich bin im Zuge unserer Vorbereitungsarbeiten zu unserem Kindermaskenfest in den Bereich der Garderoben, der sogenannten Künstlergarderoben, hinuntergekommen. Wenn ich dann feststellen muss, und dort kommen nur Personen hin, die den Ball organisieren, also das Organisationskomitee, wo sie sich für die Mitternachtseinlage umziehen ect., ich habe dann eigentlich nicht das geringste Verständnis, wenn dann drei Kolleginnen noch zur Mittagszeit am Sonntag dort unten tätig sein müssen, dass dieser Raum wieder benutzbar wird. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Das andere können sie sich an allen zwei Fingern zusammenzählen. Insider in diesem Raum wird es genügend geben, die wissen wovon ich spreche.

Was die Klimaanlage und den Kollegen Baumgarten betrifft, finde ich es persönlich auch unerträglich, dass sie sich hier herstellen und nur auf Schülerbehauptungen, wie sie es sagen, das hier in der Öffentlichkeit kund tun, dass der Herr Baumgarten betrunken ist. Das wäre für mich die größte Enttäuschung. Ich kenne den Herrn Baumgarten schon sehr viele Jahre lang und ich kann mich nur den Worten des Herrn Magistratsdirektors anschließen.

Was die Klimaanlage betrifft, dürfte es offensichtlich tatsächlich so sein, dass die Klimaanlage in den letzten Tagen ihren Geist aufgegeben hat, weil es war nicht nur am Schülerball so heiß, es war auch bei uns am Kindermaskenball unerträglich heiß. Ich habe mit dem Techniker gesprochen, das war in dem Fall der Kollege Deiml, an und für sich unser Cheftechniker vom Magistrat, und der hat mir erklärt, dass die Klimaanlage, die Einstellung, nicht funktioniert. Entweder man dreht so kurz bei einem Knopferl und es bläst irrsinnig kalt, dann kommen die Leute und sagen, es ist ihnen zu kalt. Also, man kann diese Anlage offensichtlich nicht richtig einstellen und ich denke mir, es ist zu befürchten, dass das wahrscheinlich nächsten Samstag wiederum der Fall sein wird.

Im Übrigen, die Formulierung, ich kann persönlich damit auch nichts anfangen, wenn sie fordern, dass da Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Pachtrechte da ordentlich vergeben werden, dann denke ich mir, wir haben in unserer Stadt gewisse Spielregeln, das muss alles ausgeschrieben werden und da brauchen wir das Rad nicht neu erfinden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist leider nicht eingehalten worden. Sie reden von Sonntag früh und ich rede von Samstag abends. Das ist der Unterschied.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ich habe nur erzählt, dass es am Sonntag im Grunde genommen genauso war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, es hat da mehrere unangenehme Zusammentreffen gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Toiletten um Mitternacht waren unbenutzbar. Auch hier hat es niemanden gegeben, der sich irgendwie verantwortlich gezeigt hätte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer ist denn da schuld? Die Gäste sind selbst schuld.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herrschaften, jetzt kommt der Feuerwehrball auch noch in die Debatte, jetzt möchte ich versuchen, das Ganze wieder zurückzuführen.

Gibt es zu diesem Antrag noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Kehricht hin, Klimaanlage her, in Wahrheit glaube ich gibt es über den Stadtsaal und seine Begleitumstände schon seit Jahren Schwierigkeiten und unangenehme Wahrnehmungen, einmal mehr und einmal weniger, aber so richtig eine Freude, oder so dass man im Stadtsaal eine Veranstaltung macht, so recht eine ungetrübte Freude gibt es eigentlich kaum. Ich weiß das auch aus dem einen Grund, weil ich dort oben öfters auch beruflich tätig bin und mir auch aus den einzelnen Wortmeldungen der dortigen Bediensteten meinen Reim machen kann. Abgesehen von diesem seltsamen Ambiente dort oben, das eher mehr so augenkratzerartig ist, also alleine von der Farbgebung her, denke ich mir, sollten wir jetzt überhaupt überlegen, und der Herr Bürgermeister hat es auch schon erwähnt, dass auch im Zuge dieser Miniplexerrichtung man nicht überhaupt umdenken soll bzw. auch im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Sporthalle. Es ist eine Frage, ob wir so ein Objekt wie den Stadtsaal auch wirklich brauchen, wenn wir rundherum neue Gebäude errichten, ob es nicht vielleicht sinnvoll wäre dem Herrn Röber den Stadtsaal, im Zuge seiner Kinoerrichtung, vielleicht in irgendeiner Art und Weise antragen könnte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

„Audrahn“!

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

„Audrahn“ habe ich nicht gesagt, es ist fast schon ein Freudscher Versprecher. Es klingt so ähnlich und die Intention ist auch fast dieselbe. Wenn man sich vorstellt, dass man eine Sporthalle baut, wenn man sich vorstellt, dass der Herr Röber dort oben sein Miniplex baut, und auch ein qualitätsvolles, ich hoffe es, Ambiente bietet, es fragt sich nur, ob sich die Stadt dann so etwas wie unseren Stadtsaal in seiner momentanen Freudlosigkeit weiter leisten soll.

Was die Veranstaltungsgesellschaft anbelangt, da gebe ich dem Herrn Bürgermeister Recht. Wegen einem Objekt brauchen wir das eigentlich nicht. Es wäre vielleicht zu überlegen, wenn die Sporthalle errichtet ist und die Sporthalle, wie ich hoffe, auch zu 100 % ausgenützt wird, auch den Betrieb der Sporthalle einer Veranstaltungsgesellschaft zu übergeben. Bis dort hin ist aber noch ein bisschen Zeit. Ich hoffe, nicht allzu lange. Bis dort hin sollten wir es zumindest von der Struktur her schaffen, dass dort oben alles halbwegs noch klaglos funktioniert, weil eines müssen wir auch bedenken, wir sind personell nicht so besonders ausgestattet und es kommt oft zu Terminengpässen bzw. zur Überforderung unseres Personals, weil auf der anderen Seite heißt es wieder, wir müssen sparen. Wo ich nicht der Meinung des Herrn Bürgermeisters bin, das ist, was die Entschuldigung betrifft, weil ich denke mir, wir wissen alle ganz genau, dass das dort oben nicht in Ordnung gegangen ist. Das war halt eine Verknüpfung widriger Umstände. Ob wir etwas dafür können oder nicht, das ist jetzt sekundär. Ich glaube, dass uns auch kein Zacken aus der Krone fällt, wenn man zumindest einige Worte des Bedauerns vielleicht den Veranstaltern mitteilen könnte.

Was die Saalrefundierung anbelangt, denke ich mir, ist eh etwas im Laufen. Ich denke mir, das wäre zumindest eine kleine Entschuldigung in dieser Richtung. In Wahrheit würde ich mir einen guten Saal wünschen, ein gutes Management und Mitarbeiter, die sich nicht überfordert fühlen, wenn so größere Veranstaltungen da sind. Ich denke mir, das haben wir uns als Steyrer einfach verdient, dass wir einen guten Saal und ein gutes Management haben. Da sollte man nicht lang herumreden. Wenn Schwierigkeiten auftreten, dann sollte man sie beseitigen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist zutreffend. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Vzbgm. Tatzreiter bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe jetzt mit dem Herrn Baumgarten telefoniert, weil es mich wirklich brennend interessiert hat, wo er denn gewesen sei. Er war von 16.30 Uhr bis 5.15 Uhr in den Gebäuden des Stadtsaales. Er hat mehrere Probleme gehabt, wie z. B. dass sie ihm die Fluchtwege mit den Tischen versperrt haben usw. Er hat persönlich die Tische dann weggeräumt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die waren bis nach Mitternacht da.

Zwischenruf: Das waren ja die Schüler, welche die Tische wieder hingestellt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Die stellen ja die Tische wieder hin.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Geh!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Bitte hören sie zu, was ich ihnen sage. Ich habe ihnen auch zugehört.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das muss er unterbinden, das kann doch nicht sein, dass ein Fluchtweg verstellt ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Machen sie das einmal. Sie werden es erleben. Ich darf vielleicht noch fortfahren. Er hat jedenfalls **keinen Alkohol** getrunken. Das ist nachweislich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich kann nur sagen, was mir die Schüler erzählt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ich möchte schon darauf achten, wenn wir da herinnen etwas verbreiten, dass das auch dann draußen verkündet wird, dass möglicherweise jemand verleumdet, beschuldigt wird, für etwas, was er gar nicht getan hat und überhaupt nicht tut, was überhaupt nicht sein Naturel und seine Persönlichkeit ist. Herr Dr. Pfeil, ich würde das schon vorher ein bisschen prüfen, bevor das passiert, weil da machen wir jemanden schlecht und vielleicht eine ganze Mitarbeiterschaft.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wo war er dann?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Er war immer anwesend. Die Frau Balint, das hat er mir bestätigt, war die Verantwortliche. Die wäre verantwortlich gewesen, dass der reibungslose Ablauf dort passiert. So ist das. D. h., wir müssen schon aufpassen, was da herinnen passiert, sonst machen wir irgendwem dafür verantwortlich, der es gar nicht ist und vor allen dann schuldig für etwas, wo er gar nichts dafür kann. In dem Zusammenhang möchte ich den Herrn Baumgarten in dieser Form rehabilitieren, weil ich ihn zu gut kenne. Sie können den Kopf schütteln, soviel sie wollen. Das ist ja ihre Art, dass sie jemanden schlecht machen. Ich möchte den Herrn Baumgarten in dieser Form rehabilitieren ...

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Dr. Pfeil

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Lassen sie mich ausreden. Ich möchte ihn rehabilitieren, weil es nicht stimmt, was sie gesagt haben. Ich sage es ihnen. Sie können sich auch selbst überzeugen. Er wird das auch gerichtlich bzw. noch Schritte einnehmen. Von dem können sie ausgehen. Ich möchte das wirklich in aller Form gemacht haben, weil ich es unfair finde über etwas zu diskutieren und sofort jemanden vorzuschieben, irgendeinen Beamten, einen Mitarbeiter werden wir schon finden, den wir schlecht machen können. Herr Dr. Pfeil, ich wünsche ihnen nicht, dass ihnen das einmal passiert.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So. Frau Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Vertreter der Presse. Ich werde mich sehr kurz fassen, nämlich zurück zu diesem Antrag, vom inhaltlichen her, weil ich denke mir, wo wir uns alle sehr einig sein werden ist, dass solche Vorfälle in Zukunft nicht mehr passieren dürfen und dass wir uns sicherlich ein Konzept überlegen werden müssen, wie in Zukunft die Vergabe des Saales aussieht, wer die Verantwortlichkeiten genau übernimmt und, dass es wirklich auch jemanden gibt, der die Bewerbung und das gesamte Management jetzt für diesen Stadtsaal übernimmt. In welcher Form auch immer. Welcher Magistratsbedienstet oder ob man das auslagert, was auch immer. Ich glaube auch nicht, dass man für diesen Bereich eine Veranstaltungsgesellschaft braucht. Was man sicherlich braucht ist ein Konzept, wie man in der Zukunft jetzt weiter macht. Nur, das wird sicherlich davon abhängen, wie dieser Stadtsaal in Zukunft aussehen wird. Ich denke mir, da sind wir uns alle miteinander sehr einig und alles andere ist heute schon gesagt worden. Was ich zutiefst bedaure ist eigentlich, dass wir im Prinzip wieder dort angelangt sind, dass wir bei einem Thema sind, wo wir uns im Prinzip alle einig sind - unhaltbarer Zustand im Stadtsaal, Änderungen müssen passieren - und dann trotzdem wiederum eher der Großteil der Debatte in persönliche Untergriffe gelangt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im Hinblick auf die Untergriffe gebe ich ihnen Recht, im Hinblick darauf, dass man nichts ändern kann, gebe ich ihnen nicht Recht, weil wir brauchen da nur einen Klimatechniker beauftragen, was ja schon geschehen ist, ich hoffe es, und zum 2. einen anderen Wirt und das ist auch bereits passiert. Also, damit wir das ein bisschen relativieren. So ist das nicht. Das Ambiente, da habt ihr schon Recht, dieses wunderbare moosgrün mit dem orange-rot ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... das wird noch etwas länger dauern, habe ich das Gefühl.

Also, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag, Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. 7 FPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? SPÖ, ÖVP, GAL. Wer enthält sich der Stimme? 1 LIF. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Sie haben eine neue Methode zum Aufzeigen, Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie schauen nie her, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit der rechten Hand hinter dem Lengauer getarnt.

Meine Damen und Herren, wir haben mit unseren heutigen Beschlüssen, zusammen mit den Beschlüssen die wir aus dem Stadtsenat zur Kenntnis genommen haben, S 59,434.400,-- ausgegeben.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir kommen zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ? Nein. FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr.

GR Walter Gabath und GR Stephan Keiler verlassen um 17.50 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte nur in aller Kürze ein Thema anschneiden, das nicht nur unserer Fraktion etwas sauer aufstößt, sondern auch vielen Bürgern dieser Stadt, und zwar die etwas eigenartige Errichtung von Parkplätzen in der unmittelbaren Nähe des Schlosses Vogelsang. Uns hätte fürs Erste interessiert, wie das zustande gekommen ist? Mir ist schon klar, dass nach den Richtlinien der liberalisierten Bauordnung eine Genehmigung so nicht notwendig war, weil man da diese Grauzone offensichtlich geschickt ausgenützt hat indem man nicht eine asphaltierte Fläche errichtet hat, sondern mit Rasenziegeln eine Genehmigung nach der Bauordnung umgangen hat. Ich bin aber trotzdem der Meinung, dass wir diese Parkplätze dort nicht nur nicht brauchen, sondern dass es außerordentlich schade und bedauernswert ist, dass man sie dort errichtet hat, wird doch die Gesamtanlage nicht nur, ich sage es einmal in etwas milder Form, zerstückelt, es schaut auch grässlich aus. Mich hat ein älterer Bewohner der Promenade neulich angerufen und hat gesagt, er ist überzeugt davon, dass sich die vormaligen Besitzer wahrscheinlich heute noch massiv darüber ärgern würden oder es vielleicht auch tun, wenn sie gewusst hätten wie diese Gesamtanlage, die ja seinerzeit für den großen Steyrer Josef Werndl errichtet wurde, jetzt doch in einer Art dargestellt wird, wie sie ursprünglich nicht beabsichtigt war.

Es hat auch noch ein paar andere Gründe warum wir mit dem Ganzen dort keine Freude haben. Es soll ja auch in der Nähe ein Parkhaus nach einstimmigen Beschluss des Gemeinderates errichtet werden und ich weiß nicht, ob das so gescheit ist, wenn wir da daneben gleich wieder eine Art private Parkraumbewirtschaftung zulassen. Es passt auch nicht zusammen. Wir haben bei ähnlichen Objekten wie z. B. beim Krankenhaus auch immer wieder geschaut, dass rundherum möglichst wenig andere Anbieter sind, weil solche Anlagen erfahrungsgemäß dann vielleicht nicht so angenommen werden. Das passt auch hier nicht ganz zusammen. Es ist nur ein anderer Aspekt. Ich würde mir eigentlich auch vorstellen und wünschen, dass die Aktivitäten des neuen Tourismusobmannes in Steyr anderer Art sind, als in so einer Art, wo man doch mitten in einer Stadt, in so einem sensiblen Gebiet, derartige Dinge errichtet, die glaube ich nicht sehr dem Fremdenverkehr dienlich sind. Das wollte ich zu der ganzen Angelegenheit sagen. Uns ist auch noch mitgeteilt worden, das vielleicht noch zum Abschluss, man könnte jetzt noch Überlegungen anstellen wie das mit dem Denkmalschutz und mit ein paar anderen Dingen aussieht. Das wäre auch ganz interessant. Ich habe gehört, dass da der Zuständige im Haus auch keine besondere Freude mit der ganzen Angelegenheit hat, aber auch ob du, Herr Bürgermeister, dem Ganzen deinen Sanktus in deinem Kammerl drüben gegeben hast, oder ob das nur so über die Bühne gegangen ist. Das wäre auch ganz interessant.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Selbst wenn es nur nach den Richtlinien der Bauordnung nicht notwendig wäre, dass man im Bauausschuss oder im Haus, in der Bauabteilung, eine Entscheidung herbeiführt, glaube ich schon, dass es wichtig ist wie du als Bürgermeister zu derartigen Vorhaben stehst, weil ich glaube, wenn du sagst, das möchte ich dort oben nicht, dann glaube ich, wie wir den Herrn Dobrauz kennen wie er so mit den Leuten umgeht, dann hätte er wahrscheinlich, glaube ich, davon Abstand genommen. Er kommt ja sonst auch immer zu uns, wenn er etwas will. Also könnte ich mir vorstellen, wenn du ihm mitgeteilt hättest, dass wir das dort vielleicht nicht wünschen, wäre das vielleicht nicht so zustande gekommen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weil ich direkt angesprochen worden bin, kann ich vielleicht gleich eines dazu sagen.

1) Der Herr Dobrautz, als Verantwortlicher für diese Parkplatzangelegenheit, war auf keinerlei Zustimmung angewiesen. Es handelt sich dort um eine als Verkehrsfläche gewidmete Fläche. Das ist die Auskunft unserer Planungsabteilung zu diesem Thema, weil über das habe ich mich natürlich informiert, als ich davon gehört habe.

2) Ich muss ganz ehrlich sagen, diese gesamte Fläche dort war vor 20 Jahren exakt, und auch noch etwas länger, bereits als Parkplatz in Betrieb. Nämlich in dem Jahr als die Stadt die 1000-Jahr-Feier gemacht hat, war die gesamte Fläche Parkplatz.

3) Wenn ich mich richtig erinnere, und die Erinnerung funktioniert bei mir noch einigermaßen gut kann ich euch sagen, ist ja das Geschrei immer vorhanden gewesen, gerade auch in dem Bereich dort oben, dass es eine fürchterliche Not an Parkplätzen gibt. Selbst unter dem Umstand, dass es uns gelingt einigermaßen kurzfristig, der Herr Dr. Pfeil hat einmal von 2 Jahren gesprochen, die Citygarage zu errichten, werden also dringend jeden Tag, und auch jetzt schon, Parkplätze gebraucht.

4) Wenn ich mich weiter richtig erinnere, haben ja alle gesagt, wir brauchen ganz dringend Plätze, wo wir die Autobusse hinstellen können für unseren, Gott sei Dank so gut funktionierenden, Tourismus. Es kommen in der Weihnachtszeit tatsächlich 40 Autobusse an Wochentagen und 80 bis 100 Autobusse an Samstagen und Wochenendtagen. Also, ich verstehe eigentlich nicht, dass jemand glaubt, die Plätze werden nicht gebraucht. Ich glaube das nicht. Wenn dort 60 Fahrzeuge stehen können, die ständig in dem Bereich zu tun haben, und aus diesem Grund ständig dort in der Umgebung stehen, werden also 60 andere Plätze, dort wo sie nämlich vorher gestanden sind, frei. Das ist an und für sich eine Schlussfolgerung, die nicht so unplausibel ist, glaube ich.

Er vermietet die Parkplätze ja auf Dauer. Wenn er sie auf Dauer vermietet, so jedenfalls mein Informationsstand, dann wird es wahrscheinlich woanders etwas lockerer werden. Man kann natürlich sagen, die Sicht auf das Schloss ist vielleicht nicht mehr so unbehindert. Aber es ist dort ja auch vorgesehen, oder ist eh passiert, ich war zum Schluss jetzt nicht dort, dass Bäume gepflanzt werden, so niedrige Bäume, das sieht mehr so wie eine Allee aus. Der Blick selbst auf das Schloss bleibt frei.

Es schmeckt mir auch nicht, wie das schon wieder weiter geht, dass man dem Herrn Dobrautz sagt, er soll sich im Tourismusgeschehen bemühen und er soll sich dort keinen Parkplatz machen, weil das passt irgendwem nicht. Ich muss ehrlich sagen, rechtlich hat er die Möglichkeit. Niemand hat die Möglichkeit in Wirklichkeit das zu verhindern. Der Herr Dobrautz hat, und jetzt muss die andere Seite auch einmal betrachtet werden, etwas sehr Wichtiges für die Stadt getan. Er hat nämlich geschaut, dass er das Schloss auf seine Kosten renoviert hat, wir haben einen Zuschuss bezahlt, wie überall woanders auch, wo wir für Fassaden und Dachgestaltung usw. aus den Mitteln der Altstadterhaltung eben eine Förderung gegeben haben, und er hat die gesamte Fläche des Parks erhalten. Das hätte viel, viel schlechter gehen können. Vor dem hätte ich Angst gehabt, dass dieses herrliche Grundstück, inmitten der Stadt, und das Schloss verwahrlost oder schlecht aussieht. Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn irgendwer glaubt, wenn ich sage mir passt etwas nicht, dass wegen dem der das nicht tun würde. Das halte ich für ein Gerücht. Mir passt ja bei euch auch viel nicht und trotzdem tut ihr es.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also so ist das. Wer spricht noch dazu? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, ich glaube, dass das nicht unbedingt ein Thema für die „Aktuelle Stunde“ ist, vor allem deswegen nicht, weil über diesen Fall bereits zweimal in einem Ausschuss gesprochen wurde. Im Planungsausschuss und auch im Bauausschuss wurde dieses Thema angeschnitten und die rechtliche Auskunft darüber ist ihnen auch schon zugegangen, dass wir ihnen gesagt haben, es ist eine Verkehrsfläche, es ist absolut rechtens, wir haben keine Möglichkeit, dagegen etwas zu machen.

Zu ihrer Anfrage, ob man nicht betreffend Denkmalschutz etwas machen können, muss ich nein sagen. Der Ensembleschutz beginnt oben beim Zaun, praktisch beim Tor, und umfasst neben dem Schloss Vogelsang die, ich glaube 4 sind es, Objekte, die hier im Park drinnen stehen. Hier ist Ensembleschutz drauf, für die Auffahrt oder für diese Verkehrsfläche gibt es denkmalschützerisch keine Möglichkeit irgendetwas zu machen. Ich glaube nicht, dass es soweit gehen kann, und das wundert mich, dass das gerade von ihrer Fraktion auch kommt, dass man soweit in das Recht des Einzelnen eingreift, dass eine gewidmete Fläche nicht mehr widmungsgemäß verwendet werden darf. Also, so weit darf es meines Erachtens nicht gehen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Das, was da oben passiert, ist einfach ein Wahnsinn. Das muss ich ganz ehrlich sagen, weil abgesehen vom denkmalschützerischen ist es ja architektonisch schon ein Irrsinn. Wenn ich das vergleiche, wenn wir mit dem Herrn Dr. Kaiser über irgendwelche Dinge, die alleine nur den Bau oder den Hausbau betreffen, wo wir um einen Dreimillimeterradius bei einem Fenstergesimse streiten, und da oben stehen auf einmal 60 Autos und kein Mensch sagt etwas dagegen bzw. sagt man, das ist alles rechtens. Abgesehen davon, dass diese Anlage einfach so konzipiert ist, dass der Blick da oben sich einfach weiten muss, das sind halt geschmäcklerische Geschichten, dann sage ich, wenn der Herr Tourismusdirektor ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Obmann ist er.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

... wenn der Herr Tourismusobmann sich 60 Parkplätze wünscht, warum hat er es nicht dann bei ihm im Garten bzw. auf seiner Fläche da drinnen gemacht? Da hat er ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Das ist ein Ensembleschutz, lieber Kollege.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aha, da ist Ensembleschutz. Man muss sich vorstellen, dass hier Touristen nach Steyr kommen hat auch sehr viel damit zu tun, dass wir einfach Anlagen haben, die sehr ansehnlich sind. Das 1. was man von dem ensembleschutzten Gebäude sieht, ist nicht nur das Ensemble und der Zaun, sondern das sind die 60 Autos. Das ist ja hochinteressant zu bemerken, wo da die Gewichtungen liegen, ganz ehrlich gesagt. Von dem auszugehen, dass dann 60 Parkplätze mehr in Steyr vorhanden sind, das glauben sie doch bitte selbst nicht. Wenn ich heute einen Parkplatz irgendwo errichte und dem Fahrzeugbenutzer die Gelegenheit dazu gebe, dass er sich hinstellt, na, na, das dauert ein paar Minuten oder vielleicht eine Stunde, dann sind genau die gleiche Anzahl von Autos wieder da. Wenn ich heute Autos mit Parkplätzen anziehe, dann mache ich eigentlich nur ein Türchen auf, dass hinten neue Autos nachkommen.

Ich denke mir, wenn wir wollen hätten, dann wäre uns das unter Umständen schon gelungen, dass wir den Herrn Dobrauz nahe legen, obwohl ich ganz genau weiß, dass er das Recht auf seiner Seite hat, dass man ihm sagt, geh bitte lieber Herr Tourismusobmann, ich weiß schon, dass du Intentionen hast diese Parkplätze dort zu vermieten, aber in Anbetracht dessen, dass wir einen Gutteil unserer Touristen deswegen herbringen weil wir eine historische Stadt mit einem sehr schönen Ambiente sind und das Schloss Vogelsang da oben ja auch nicht ein Gebäude von irgendwem oder irgendwas ist, dann hätten wir ihm ruhig sagen können, ich weiß zwar, dass du die Parkplätze gerne vermieten würdest, aber bitte tu es nicht, weil es Beispielwirkung hat, ich weiß zwar jetzt nicht wo wir noch so irgendwelche Plätze haben und wer eben noch in Steyr einen Parkplatz sucht. Wer in Steyr einen Parkplatz sucht, muss sich halt umschaun und wenn es nicht möglich ist, muss er halt weiter draußen parken und mit dem öffentlichen Verkehrsmittel hereinfahren. Es klingt ein bisschen bitter, aber es ist leider so. Wir können nicht jeden Quadratmeter der für irgendwem, sozusagen für die Bevölkerung, feilgeboten werden kann, einfach nur deswegen nutzen, weil wir finanzielle Interessen haben. Bitte überseht nicht, dass wir auch eine Verantwortung haben, 1. dem Tourismus gegenüber und auch jenen, die um Millionenhöhe ihre Häuser renovieren und vor denen dann irgendwelche Autos stehen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber das steht eh genau vor dem Haus, das er renoviert hat und das Renovieren hat ungefähr 35 Millionen gekostet, wenn ich mich richtig erinnere. Er macht natürlich eine Kalkulation, weil wer hat denn schon 35 Millionen, wie er denn das finanziert. Ich nehme an, er hat sich die Widmung vorher angesehen, ob er das kann oder nicht und dann hat er es eben getan.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Er hat aber auch Teile sofort wieder verkauft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, das ist ja logisch. Aber es war ja kein Fehler, weil das Petzenschlössl ist schön hergerichtet worden und das Haus vom Herrn Dr. Schubert ist auch schön hergerichtet worden und das andere wird auch noch hergerichtet werden. Also, im Prinzip hat es dem ganzen Grundstück und den Häusern die draufstehen gut getan, weil vorher hat ja das dort nicht so rosig ausgesehen. Die Ideen die es noch gegeben hat, waren auch nicht so begeisternd. Ich möchte nur nicht haben, dass man sagt, jetzt hat der 60 Parkplätze gemacht, der böse Tourismusobmann, und man sieht nicht seine anderen Leistungen. Erstens nicht die ehrenamtliche Leistung die er als Tourismusobmann macht, da bekommt er nämlich nichts dafür, und 2., dass er nämlich hier wertvolle, wichtige Gebäude in einer ganz wichtigen Lage, wirklich auch sehr sauber renoviert hat. Jetzt reden wir nur mehr von den 60 Parkplätzen und das finde ich nicht fair. Ich bin ja nicht verwandt mit dem Herrn Dobrauz, aber er ist auch nicht da.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ein Zwischenruf sei noch gestattet. Wo ist der Ensembleschutz geblieben, dass er in eine historische Mauer in der Sepp-Stöger-Straße ein Loch hineinreißt und dort auch Parkplätze hinein macht? Wo ist da der Ensembleschutz?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da hat sich der Herr Dr. Kaiser eh gewehrt. Aber eines steht schon fest. Wenn die Neuverwertung eines solchen Hauses zur Debatte steht und der macht eine außerordentlich qualitätsvolle Renovierung und noch eine Seniorenresidenz, also etwas was uns wirklich nicht weh tut, und die Leute haben halt auch ein Auto und irgendwo wollen sie es halt auch hinstellen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Die regen sich ja auf, die Senioren da drinnen regen sich auf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Senioren regen sich nicht auf, die stehen nämlich zum Teil dort. Das sind Minderheitenprobleme, das tut mir Leid.

Sie sind die letzte jetzt in dieser Runde, Frau Kollegin Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Vertreter der Medien. Ja, irgendwie ist mir diese Diskussion jetzt sonderbar erschienen. Zum einen denke ich mir ist zu akzeptieren wenn es rechtliche Rahmenbedingungen gibt. Ich würde es für sehr bedenklich halten wenn man hergeht und sagt, na ja, rechtlich kann man zwar nichts machen, aber man könnte ja die Person ein bisschen unter Druck setzen. Da frage ich mich dann, wo hört der Druck auf und wo fängt die Nötigung an. Nämlich dann, wenn es um Grundbesitz geht. Das ist ja nicht ein Grundstück das uns als Stadt gehört, da ist eine andere Voraussetzung, sondern, das ist das Grundstück, das einer Privatperson gehört. Da würde ich es für sehr bedenklich halten, wenn wir uns von der Politik her hinstellen und sagen, ja, rechtlich ist alles in Ordnung aber setzen wir ihn vielleicht ein bisschen unter Druck, weil wie gesagt, wo hört der Druck auf und wo fängt dann die Nötigung an. Das ist Punkt 1.

Punkt 2 ist für mich, wie ich zum ersten Mal gehört habe, dass beim Schloss Voglsang Parkplätze errichtet werden sollen, war meine erste Überlegung die, das darf doch nicht sein, da wird jetzt wahrscheinlich im Park die Parkfläche reduziert und da kommen Parkplätze hin. Wie ich aber dann gesehen habe, dass die Parkplätze ja nicht im Bereich des Schlosses innen stattfinden, sondern heraußen vor dem Tor, wo auch schon einmal Parkflächen waren und das auch gar nicht einmal so schrecklich aussieht, und die 60 Autos sieht man dort auch nicht, weil der Großteil noch überhaupt nicht vermietet ist.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sind das Matchboxautos?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, aber es ist noch nicht vermietet. Kurt, wenn du es dir angesehen hättest, dort können gar nicht 60 Autos stehen, weil dieses 60 Parkplätze noch gar nicht voll vermietet worden sind. Wie gesagt, eines verstehe ich nicht. Auf der einen Seite reden wir immer, wir haben ein Parkraumproblem, dann wird dieses Parkraumproblem zumindest zu einem Teil gelöst und dann stellen wir uns wieder hin und sagen, na, das wollen wir eigentlich nicht. Ich wäre die Erste, die sich aufregen würde, wenn das den Tourismus beeinträchtigen würde und wenn damit auch das schöne Ensemble vom Schloss Voglsang weg wäre. Nur jeder, der sich das vor Ort angesehen hat, sieht, dass das im Prinzip wirklich weder den Blick auf das Schloss beeinträchtigt noch sonst etwas.

Der andere Punkt ist, Kurt, wenn ich deine Logik weiter verfolge, dann sind wir bei einem interessanten Punkt, dann müssten wir nämlich hergehen und vor jedem denkmalgeschützten Haus in Steyr die Parkfläche verbieten. Dann wäre wir dort, dass am gesamten Stadtplatz kein einziges Auto mehr parken dürfte.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber dann muss man die Offenheit und Ehrlichkeit haben, diese Diskussion nicht nur beim Schloss

Voglsang zu führen, sondern generell. Vor jedem Haus das in Steyr denkmalgeschützt ist, darf kein Parkplatz mehr sein. Wenn du dafür einsteht, dann sage das auch hier öffentlich.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das sagen wir schon seit Jahrzehnten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann bin ich aber sehr gespannt, dann wirst du eines irgendwann erreichen, dass du eine wunderschöne Stadt hast die zum Museum geworden ist, weil wohnen wird da drinnen dann wahrscheinlich niemand mehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es ein weiteres Thema? Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich recht herzlich für die Mitwirkung der heutigen Sitzung und schließe diese.

ENDE DER SITZUNG: 18.10 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist eh. GR Mag. Gerhard Klausberger eh.

Gabriele Obermair eh. GR Siegfried Stieglitz eh.